STICH

STICHWORT BAYER SPEZIAL


BAYER & IG FARBEN DIKTIEREN NACHKRIEGSORDNUNG


PROFITABLE VERNICHTUNG IN AUSCHWITZ


USA: KLAGE GEGEN FARBEN-NACHFOLGER ZUGELASSEN



50 JAHRE KRIEGSENDE.
50 JAHRE BEFREIUNG DES KZ AUSCHWITZ.
DIE VERANTWORTUNG DER IG FARBEN.

WORT...

DIE ANDEREN INFORMATIONEN ZU EINEM MULTINATIONALEN CHEMIEKONZERN

AUFRUF:

NIE WIEDER!

50 JAHRE KRIEGSENDE.
50 JAHRE BEFREIUNG DES KZ AUSCHWITZ.
DIE VERANTWORTUNG DER IG FARBEN.

Das Jahr 1995 steht weltweit im Zeichen des Kriegsendes vor 50 Jahren. Bereits jetzt steht fest, daß ein Thema in all den vielen mahnenden Feierlichkeiten zu kurz kommt: Die Rolle der großen multinationalen Konzerne bei Vorbereitung und Durchführung des II. Weltkrieges, vornehmlich die Verantwortung der IG FARBEN.

MITVERANTWORTUNG FÜR KRIEG UND NAZIVERBRECHEN

Die IG FARBEN, der Zusammenschluß von AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einigen kleineren deutschen Chemiefirmen, nahm damals als weltgrößter Chemiekonzern eine führende Rolle ein. Die IG FARBEN war der größte Einzel-Finanzier der NSDAP; sie befürwortete ausdrücklich deren Kriegspläne und schaffte mit ihren Hitler persönlich gemachten Zusicherungen der Lieferung von Treibstoff, Munition etc. überhaupt erst die Möglichkeit für die Nazis, einen internationalen Krieg loszubrechen. Der Vorstand der IG FARBEN legte seine Interessen z.B. in einem Papier mit dem Titel "Neuordnung" nieder: Dort plante die IG FARBEN die (wirtschaftliche) Eroberung der Welt im Gefolge der nationalsozialistischen Heerscharen.

Die IG FARBEN mit ihren Niederlassungen, Töchtern und Verbindungen in aller Welt, auch in den USA, verdiente auf beiden Seiten der (West-) Front. Sowohl die Nazi-Bomber, als auch die Maschinen der West-Alliierten flogen mit IG FARBEN-Sprit. Die IG FARBEN verdiente an todbringenden Waffen, an Medikamenten für sterbende Soldaten, an der "Industrialisierung" des Völkermords in en KZs, an der massenhaften Versklavung von Häftlingen und "Feindbevölkerung", an der Einverleibung aller nur irgend geeigneten "eroberten" Betriebe.

PERVERSE VERBRECHEN UND MASSENMORD

In ihrer Profitgier hat die IG FARBEN keine Perversion ausgelassen: Für geringe Beträge von der SS "gekaufte" Häftlingen wurden in grausamen "medizinischen und anderen Versuchen im Dienste der Wissenschaft" bei vollem Bewußtsein zu Tode gequält; der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem Giftgas Zyklon B "perfektioniert"; im IG FARBEN eigenen KZ Auschwitz III (IG Monowitz) und seinen Nebenlagern wurden ca. 370 Tausend Häftlinge bis zum Tod ausgebeutet.

INHALT

Bitte helfen Sie, diese Broschüre zu verbreiten. Sie kostet DM 10,--/Stück. 3 Stück kosten nur DM 20,-- zzgl. Porto. Bei: CBG, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.

STICHWORT BAYER SPEZIAL: NIE WIEDER!
IMPRESSUM

STICHWORT... SPEZIAL - Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern. 13. Jahrgang. Postvertriebsstück F 10848 F
Hg.:

COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFAHREN

(CBG e. V.). Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Mitwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen.

Je ein Exemplar von STICHWORT... wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. LeserInnen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmten, in STICHWORT... behandelten Themen, Stellung zu beziehen. (Kopie des Schreibens und der evtl. Antwort bitte an die CBG.)

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf (ho), Axel Köhler Schnura (aks). Mitarbeit: Uwe Friedrich (uf), Philipp Mimkes (pm), Melanie Willms (mw).

Postanschrift: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V., Postf. 15 04 18, 40081 Düsseldorf

Geschäftsstelle: Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Bankverbindungen: Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 17 96 12, BLZ 500 90 100 Postgiroamt Essen, Konto Nr. 378383 - 439, BLZ360 100 43

Eigenverlag. Satz, Layout, Vertrieb: CBG, Druck: Wir danken dem Bundesvorstand von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Bornheim, ganz herzlich für den Druck.

Der Nachdruck von Artikeln aus STICHWORT... ist ausdrücklich erwünscht. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden.

Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in STICHWORT... ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Wir danken der Stiftung Menschenwürde & Arbeitswelt, Berlin ganz herzlich für die finanzielle Unterstützung.

Während des Krieges war bei den Siegermächten unter Führung der USA der Wille entstanden, den "Blutkonzern", die Nazi-Führung und einige andere Konzerne und Großbanken vor ein internationales Kriegsverbrecher-Gericht zu stellen. Unmittelbar nach der Niederlage begannen die Vorbereitungen des Prozesses gegen die IG FARBEN unter Führung der US-amerikanischen Militärbehörden (nicht ein Manager der IG FARBEN fand sich in der Sowjetzone). Doch überraschend wurde der US-Staatsanwalt selbst Opfer mächtiger IG FARBEN-Kräfte in den USA und des Wandels in der politischen Strategie der Westmächte hin zum Kalten Krieg. Der Chef-Ankläger wurde seiner Mittel beraubt, die Anklage verwässert und er persönlich als "Kommunist" diskreditiert.

MILDE STRAFEN

Trotzdem kam es im Juni 1947 noch zum Prozess. Doch: Alle Angeklagten kamen trotz erdrückender Beweislast mit lächerlichen Strafen bzw. sogar mit Freisprüchen bei bestimmten Anklagepunkten davon, nicht einer der Verurteilten mußte seine Strafe vollständig absitzen. Stattdessen nahmen sie ihre Posten in den alten IG FARBEN-Firmen und anderswo wieder auf und einige wurden sogar mit Orden der neuen Bundesrepublik ausgezeichnet. Der verurteilte IG FARBEN-Chef Fritz ter Meer z.B. war bereits 1956 wieder Vorsitzender des Aufsichtsrates bei BAYER.

Die IG FARBEN-Nachfolger stellen (wie andere verstrickte Konzerne und Banken ebenfalls) ihre Geschichte von ca. 1925 bis 1952 im Hinblick auf die Verbrechen der Nazizeit lückenhaft, irreführend und/oder verharmlosend dar. BAYER, die ehemalige IG FARBEN-Schwester AGFA gehört zum Konzern, schreibt z.B. in seinen "Meilensteinen", die anläßlich des 125-jährigen Konzernjubiläums 1988 erschienen, zur "Verstrickung" der IG FARBEN in den Naziterror (dieses Wort kommt natürlich nicht vor): "Man sah ... (die Verstrickung) als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben." Die BASF bewies noch 1991 ihr mangelndes Schuldbewußtsein, indem sie "aus Versehen" die letzten erhaltenen Überreste, Baracken, Gaskammern und Krematorien des ehemaligen IG-FARBEN-Lagers Schwarzheide planierten.

UND HEUTE?

Seien wir uns deshalb anläßlich des Gedenkjahres 1995 stets bewußt: Jede der IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST ist heute um ein Vielfaches mächtiger und gigantischer als die IG FARBEN seinerzeit. Diese drei Konzerne handeln trotz der formalen Auflösung der alten IG FARBEN in informeller Verbundenheit auf der Grundlage gemeinsamer Profitinteressen absolut homogen. Dafür stehen u. a. die Vermeidung jeder existenzgefährdenden Konkurrenz ebenso wie die Kontinuität beim gemeinsamen Besitz alter IG FARBEN-Werke im Ausland und die Teilung von Führungspositionen in nationalen und internationalen Chemie-Gremien in einvernehmlichem Wechsel.

Die Profitgier der großen deutschen Konzerne und Banken hat bereits zweimal dazu beigetragen, die Welt innerhalb eines Jahrhunderts in Schutt und Asche zu legen. Die IG FARBEN hatte wesentlichen Anteil daran. Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit besteht jederzeit die Gefahr einer Wiederholung.

WIR FORDERN:

- Anläßlich des 50. Jahrestages der Befreiung von Hitler und seinen Nazi-Schergen müssen die verantwortlichen Hintermänner aus der Wirtschaft in das Rampenlicht gestellt werden. Die IG FARBEN-Firmen BASF, BAYER und HOECHST und die noch immer existierende IG FARBEN i.A. müssen anläßlich dieses Gedenkjahres mit ihrer Schuld konfrontiert werden.
- Die angemessene Entschädigung aller IG FARBEN-Zwangsarbeiterinnen und ihrer Hinterbliebenen durch die Nachfolgefirmen muß endlich erfolgen.
- Die Nachfolgefirmen müssen die Finanzierung und den Erhalt der die IG FARBEN betreffenden Gedenkstätte Auschwitz und Schwarzheide sicherstellen.
- Die IG FARBEN-Nachfolger müssen endlich den freien Zugang zu ihren Archiven gewähren.
- Die IG FARBEN i. A. muß sofort aufgelöst, der Handel mit diesen "Blut-Aktien" muß sofort unterbunden werden.
- Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Verantwortliche müssen eingestellt werden.

Wir werden die genannten Forderungen in Gegenanträgen, Aktionen und Redebeiträgen auf den Hauptversammlungen der IG FARBEN-Firmen vertreten. Beteiligung aller Interessierten ist erwünscht; sollten Sie Aktien der IG FARBEN-NachfolgerInnen besitzen, ist die Übertragung Ihrer Stimmrechten ausdrücklich erbeten.

Trägerkreis der Kampagne "Nie wieder!":

* Aktion Alternativer BASF-AktionärInnen (AABA), c/o Prof. Jürgen Rochlitz (MdB), Mönchwertstr. 80, 68199 Mannheim, 0621/821850.
* Hans Frankenthal (Auschwitz-Komittee), Ruhrallee 80, 44139 Dortmund, 0231/129353.
* Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte, Kämmergasse 1, 50676 Köln, 0221/233323.
* Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, 0211/333911.
* Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstr. 16, 50737 Köln, 0221/5995647.
* Höchster Schnüffler un' Maagucker, c/o Thomas Schlimme, August Bebel-Str. 2a, 65933 Frankfurt/Main, 069/3808114.
* Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Landesverband Niedersachsen, Rolandstr. 16, 30161 Hannover, 0511/331136, Landesverband NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, 0202/450629.
* Verein zur Erforschung der nationalsozialistischen Verfolgung von Zwangsarbeitern durch IG FARBEN in Auschwitz, Fettstr. 22, 20357 Hamburg.

BAYER.

"... UND MORGEN DIE GANZE WELT"

DIE PLÄNE DER IG FARBEN ZUR WELTHERRSCHAFT

Der ehemalige BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg war es, der das mächtige Kartell der Interessengemeinschaft Farben (IG FARBEN) geschmiedet hat, um Profite und Weltmärkte zu sichern. Die Träume versanken in Blut und Asche des Zweiten Weltkrieges und endeten in einem Prozess vor dem Internationalen Nürnberger Kriegsverbrechertribunal. Heute sind die drei FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF größer und mächtiger als der gesamte IG FARBEN-Komplex seinerzeit. Das alte Ziel aus braunen Tagen rückt wieder in greifbare Nähe: Die Eroberung der Welt. Von Peter Wolfram Schreiber*.

Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts schickte sich der damalige Leiter der Elberfelder BAYER-Werke, Carl Duisberg, an, der mächtigen englischen Chemieindustrie mit ihren reichhaltigen Kolonien, Rohstoffgebieten und Absatzmärkten etwas entgegenzusetzen. Sein Motto lautete: Getrennt produzieren, vereint schlagen. Auf diese Weise sollte die deutsche Chemieindustrie die Welt erobern und den deutschen Chemie-Konzernen Macht und Profite sichern. Duisberg organisierte Kartellabsprachen zwischen 6 großen deutschen Chemiebetrieben, Märkte wurden aufgeteilt und Preise festgelegt. 1904 und 1906 wurden zwei Kartellringe, die Vorläufer der INTERESSENGEMEINSCHAFT FARBEN INDUSTRIE aus der Taufe gehoben, 1913 kontrollierte die deutsche Chemieindustrie bereits 82% der Weltfarbenproduktion. Schon damals schrieb Duisberg: "Jeder muß Opfer in seiner persönlichen Freiheit, in der gewohnten Entfaltung seiner Kräfte bringen und sein ganzes Ich in den Dienst der Gemeinschaft stellen. Dann ist uns nicht nur der Sieg gesichert, sondern auch die Weltherrschaft der deutschen Industrie für die nächsten Dezennien (Jahrzehnte, d. Verf.) besiegelt."

* Der Name Peter Wolfram Schreiber steht für ein Autorenkollektiv, das im Verlag Neuer Weg/Essen, ein Buch mit dem Titel "IG FARBEN: Die unschuldigen Kriegsplaner, Profit aus Krisen, Kriegen und KZ's" vorgelegt hat. Das Buch kann bei der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN bestellt werden. Siehe Materialliste.

Der Erste Weltkrieg sollte politisch sichern, was wirtschaftlich erreicht war. Es ging um die politische Weltvormachtstellung. Die chemische Industrie ermöglichte vor allem mit der Lieferung von Sprengstoff die Führung eines Weltkrieges. So folgte der Krieg nicht nur den Interessen der Konzerne, sondern war zugleich eine wirtschaftliche Blütezeit für die Chemieindustrie. Medikamente, Schießpulver, die Ausbeutung von ZwangsarbeiterInnen und schließlich auch chemische Waffen schwemmten gigantische Profite in die Kassen der IG FARBEN und der anderen großen deutschen Konzerne und Banken.

Im August 1916 schlossen sich die Chemiebetriebe, die schon seit 1904-1906 in lockerer Form zusammen gearbeitet hatten, zu einem großen Kartell zusammen. Die Interessen der Industrie verlangten nach einer zentralisierten Kriegsproduktion; nur so konnten die enormen Gewinne weiter gesteigert und eine schlagkräftige Kriegsführung andererseits gewährleistet werden. Sechs Chemiekonzerne organisierten sich bereits während des Ersten Weltkrieges in der "INTERESSENGEMEINSCHAFT (IG) DER TEERFARBENFABRIKEN". Diese "kleine" IG war ein Kartell, noch kein einheitlicher Konzern.

Ohne die "kleine IG" konnte kein Schuß abgefeuert werden. Die IG FARBEN-Chemiker hatten die kriegsentscheidende Aufgabe, Ersatz für die knappen Rohstoffe zu schaffen, um eine unabhängige Kriegsführung zu gewährleisten. Mehr noch: Obwohl der Gaskrieg durch die Haager Konvention geächtet war, gelang es der IG FARBEN, die deutschen Militärs von der Anwendung der Gaswaffe zu überzeugen. Am 22. April 1915 war es soweit. Bei Ypern fand der erste deutsche Gasangriff statt. 6.000 Tote und über 10.000 schwere Vergiftungen waren die Folge. Einen Monat später geschah an der Ostfront dasselbe.

Während die Männer ihr Leben an der Front ließen, wurden zehntausende Frauen von den großen Chemiebetrieben hilfsdienstverpflichtet, das heißt zur Zwangsarbeit eingezogen. Für den mehr als kärglichen Lohn konnten sie Lehmseife und Kohlrüben kaufen, und auch das nur rationiert. Über die Tische der IG FARBEN-Direktoren aber floß das Geld in Hülle und Fülle. Und an den Fronten floß das Blut, daheim bei Millionen von Kindern und Müttern flossen die Tränen.

UMVERTEILUNG DURCH INFLATION

Nach dem Krieg wurden breite Bevölkerungsschichten durch die Inflation enteignet. Während die Sachwerte und der Reichtum der Unternehmen wuchsen und wuchsen, konnten die Arbeiterfrauen für den Wochenlohn ihres Mannes 1923 gerade noch ein Brot ergattern. Eine gute Zeit für die IG FARBEN. Sie steckte während der Inflation mehr als das fünffache dessen ein, was ihr durch den Krieg verloren gegangen war. Beinahe alle Werke

hatten einen kontinuierlich hohen Export, vor allem in die USA, und daher feste Dollars, und sie konnten bedeutende amerikanische Sachwerte aufkaufen. Gleichzeitig sanken die realen Lohnkosten in Deutschland gegen Null. Carl Duisberg hatte Grund zum Jubeln: "Der chemischen Industrie hatte die Notzeit der Inflation weniger anzuhaben vermocht als anderen Zweigen des Wirtschaftslebens ... Sie gehörte stets zur Spitzengruppe der Devisenbringer ... Die chemische Industrie hatte sich nicht totschlagen lassen."

Carl Duisberg forderte bereits 1931 (anläßlich der 100-Jahr-Feier der IHK Düsseldorf) einen "Führer ... , dem unbedingt Folge zu leisten sei."

1925 wurde die "kleine IG" durch die große abgelöst, die Chemie-Konzerne AGFA, BASF, BAYER, HOECHST und einige kleinere Unternehmen folgten den Plänen Carl Duisbergs, es entstand ein einheitlicher, straff geführter Super-Konzern, die IG FARBEN. Die rennomierte-bürgerliche "Frankfurter Zeitung" schrieb dazu: "Der erste wirkliche Industrie-Trust in Deutschland wird jetzt durch den Zusammenschluß der chemischen Großfabriken zur Tatsache. Ein einziges Riesenunternehmen ..., das faktisch die gesamte deutsche Farbenindustrie mit ihren Nebenzweigen mit der Absolutheit des schon durch seine Kapitalmacht unangreifbaren Privatmonopols beherrscht ... Das klingt wie ein großes historisches Ereignis in der Geschichte des deutschen Industriekapitalismus ..."

Carl Bosch wurde Vorstandsvorsitzender, Carl Duisberg Aufsichtsratvorsitzender des Konzerns. Um überflüssiges Palaver auszuschalten, wurde im Vorstand ein Zentralausschuß und im Aufsichtsrat ein Verwaltungsrat gegründet. Dies waren die entscheidenden Schaltstellen der Macht. 1927 nannte der Konzern nach eigenen Angaben bereits 70 Tochtergesellschaften sein eigen, bis 1943 waren es 400 Inlands- und 500 Auslandsbeteiligungen. Eine, insbesondere für damalige Zeiten, nahezu unvorstellbare Konzentration von Macht.

Carl Duisberg wurde im selben Jahr (1927) zum Chef des Reichsverbandes der Deutschen Industrie (RDI) gewählt. Bei seiner Antrittsrede sagte er: "Die Länder und Gemeinden ... sind in letzter Zeit alle im Ausgeben zu großzügig gewesen. Die einen zahlten den Beamten zu hohe Gehälter und den Kommunalarbeitern zu hohe Löhne, die anderen gaben für hygienische, sanitäre und karitative Einrichtungen aller Art, wie Badeanstalten, Krankenhäuser, Lungenheilstätten, Erholungsheime, Parkanlagen, Stadions, Kraftwerke, viel Geld aus. ... Wir müssen also dem deutschen Volk ... zurufen: 'Einfacher leben und wieder sparen'. Jeder entbehrliche Groschen muß zurückgelegt werden, damit er der deutschen Wirtschaft als Kapital zufließt". Während das unter galoppierender Inflation leidende Volk den Gürtel immer enger schnallen sollte, verfügte Duisberg über ein Privatvermögen von 24 Millionen Mark.

VERANTWORTUNG FÜR KRIEG UND NAZIVERBRECHEN

Was sich im Krieg schon als "notwendig" herausgestellt hatte und durch ihn beschleunigt worden war, wurde in den 20er Jahren vollendet. Die immer engere Verschmelzung des Finanzkapitals und seiner Organisation mit dem Staat. Carl Duisberg umriß im November 1926 seine Art, Politik zu machen, folgendermaßen: "Auch ich bin der Meinung, daß eine Änderung in der Behandlung wichtiger wirtschaftlicher Fragen eintreten muß ... Daß wir uns verständigen, unterliegt keinem Zweifel, über viele Fragen sind wir uns gewiß einig. Vernünftige Menschen verständigen sich immer. ... Wo wir einwirken können und müssen, das ist die Parteipolitik. Wo werden all diese Dinge entschieden? Dort drüben im großen Haus. Und was ist zur Durchsetzung unserer Gedanken notwendig? Geld! ... Leider müssen sie sich darüber klar sein, daß die Herren, die zusammenkommen, auch das Geld aufbringen müssen. Mit Vernunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich überwinden durch eine planmäßige Beeinflussung." Nach der Reichstagswahl im Mai 1928 saßen fünf führende Vertreter des IG FARBEN-Konzerns als Abgeordnete verschiedener Parteien im Reichstag. Die Duisbergsche Maxime schließlich führte zur finanziellen Unterstützung von Adolf Hitler und der NSDAP. Am 20. Februar 1933 notierte Josepf Goebbels befriedigt in sein Tagebuch: "Wir treiben für die Wahl eine ganz große Summe auf, die uns mit einem Schlage aller Geldsorgen enthebt. Ich alarmiere gleich den ganzen Parteiapparat, und eine Stunde später rattern schon die Rotationsmaschinen. Jetzt werden wir auf Hochtouren aufdrehen. Wenn uns keine außergewöhnliche Panne unterläuft, dann haben wir auf der ganzen Linie gewonnen."

Was dies konkret bedeutete, wurde der Welt bereits eine Woche später demonstriert. Am 27. Februar 1933 steckten die Nazis den Reichstag in



1915: Gaskrieg mit BAYER-Gasen an der "Westfront". 6.000 Soldaten starben.

Brand. Sie bezeichneten diese Untat als Werk der "Roten" und ließen zehntausende Antifaschisten von SA-Horden, die als Hilfspolizei herangezogen wurden, verprügeln, verhaften und ermorden. Innerhalb weniger Monate wurden alle Parteien verboten, die Gewerkschaften aufgelöst und SozialdemokratInnen wie KommunistInnen in die ersten KZ's eingeliefert. Unterdessen flossen die Geldmittel an die Nazis ungehindert weiter. Allein die Dachgesellschaft der IG FARBEN, ohne Tochterfirmen, zahlte zwischen 1933 und 1944 über 81 Millionen Reichsmark an Hitler und seine Organisationen.

MACHT UND PROFITE

Im Februar 1933 erließen die Nazis das "Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft". Mit seiner Hilfe wurde die gesamte Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Herren Duisberg, Thyssen, Krupp usw. organisiert. Nie zuvor hatte die jeweilige Monopolgruppe (IG FARBEN bei der Chemie, VEREINIGTE STAHLWERKE im Stahlbereich usw.) so direkt alle kleineren Firmen unter Kontrolle. Im Oktober 1937 wurde die "Aktienrechtsreform" durchgesetzt. Alle Aktiengesellschaften mit einem Kapital unter 100.000 Reichsmark wurden aufgelöst. Neugründungen waren nur noch bei einem Kapital von 500.000 Reichsmark gestattet. Das war der Todesstoß für tausende Mittelständler. Auf dem Höhepunkt der Nazimacht 1943, besaßen nur noch 2% aller Aktiengesellschaften fast die Hälfte des Gesamtkapitals. Insbesondere die IG FARBEN verdienten an diesem Coup unermeßliche Summen an Geld. Hinzu kamen fette Gewinne aus der Lieferung von Waffen und ZYKLON B zur "Vernichtung" von millionen Menschen, die zuvor durch Zwangsarbeit ausgebeutet wurden sowie aus der "Übertragung von Feindvermögen aus eroberten Gebieten".

Als besonders delikat erwiesen sich die Kontaktfäden der IG FARBEN zur SS über den sogenannten "Freundeskreis des Reichs-Führers SS". Mitglieder dieses "Freundeskreises" waren etwa 30 führende Vertreter der deutschen Konzernwelt; alle wichtigen Firmen, selbstverständlich auch die IG FARBEN, vertreten durch Vorstandsmitglied Bütefisch, schlossen sich derart zusammen. Die Créme der deutschen Wirtschaft finanzierte unter der Bezeichnung "Sonderaufgaben" Maßnahmen, die darauf angelegt waren, mittels der Errichtung von Gaskammern, Verbrennungsöfen und Arbeitslagern sämtlichen Widerstand im In- und Ausland zu ersticken. Der Leiter des Wirtschaftsamtes der SS, Pohl, ebenfalls Aktiver im Freundeskreis, sagte 1945 vor den Nürnberger Tribunal aus: "Das jemals eine Einladung zur Mitgliedschaft abgelehnt worden wäre, ist unwahrscheinlich, und ich habe auch von keiner erfahren, da sich Industrielle eher zur Aufnahme drängten angesichts der Vorteile, die sie sich immerhin davon versprachen, daß sie in persönliche Beziehung zu Himmler und anderen maßgeblichen Leuten in der Partei sowie der Wirtschaft treten dürfen."



1932: Hitler und Göring legen den Herren der Großindustrie im Düsseldorfer Industrieclub ihr "Programm" vor, das begeisterte Zustimmung und in Folge großzügige finanzielle Unterstützung erfährt. Am 17.04.95 demonstrieren Mitglieder der COORDINATION vor dem ehem. Industrieclub und fordern mit anderen AntifaschistInnen zusammen die Anbringung einer Gedenktaftel.

Eine weitere wichtige Nahtstelle zwischen Politik und Industrie war die "Vermittlungsstelle W (Wehrmacht)". Über ihre Aufgaben gab IG FARBEN-Vorstandsmitglied Georg von Schnitzler in einem Verhör nach 1945 Auskunft: "Ab 1936 nahm die Bewegung einen völlig militärischen Charakter an. ... Hand in Hand hiermit gestalteten sich die Beziehungen zwischen IG und Wehrmacht immer enger und enger und die Folge davon war eine dauernde Verbindung zwischen IG-Direktoren und Wehrmachtsoffizieren." Die "Vermittlungsstelle W" entwickelte sich zu einem IG FARBEN-eigenen Generalstab. Bereits frühzeitig wurde der Kriegsfall durchgespielt. 1935 hatte die "Vermittlungsstelle W" den Auftrag, "die Bombenwirkung auf Fabriken und ihre Schadensbehebung, also sowohl die mit einem Luftangriff maximal zu erzielende Wirkung als auch die maximale mögliche Bekämpfung" genauestens zu untersuchen. Daß die Industrieanlagen im Krieg kaum bombardiert worden sind, liegt u. a. daran, daß die Amerikaner sie bewußt geschont hatten. Denn die IG FARBEN lieferte das Flugbenzin über den Rockefeller-Konzern. Deshalb verlor die IG FARBEN im Zweiten Weltkrieg nur 13 % ihrer Kapazität bei Luftangriffen.

Die "Vermittlungsstelle W" war mit einem Jahresetat von 7 bis 12 Millionen Reichsmark ausgestattet. Führend verantwortlich in der "Vermittlungsstelle W" war unter anderem Carl Wurster, nach 1945 Chef der BASF.

Um den Krieg vorzubereiten, gab es schließlich den Rüstungsbeirat, ein Gremium aus Industrie,

Militär und Reichswirtschaftsministerium. In einer Denkschrift der IG FARBEN vom März 1935 an den Rüstungsbeirat heißt es: "Wenn man davon ausgeht, die gesamten produktiven Kräften auf weite Sicht einem einheitlichen Zwecke unterzuordnen, so heißt dies .... eine wehrwirtschaftliche Neuorganisation zu schaffen, die den letzten Mann und die letzte Frau, die letzte Produktionseinrichtung und Maschine sowie den letzten Rohstoff zur Erzeugung von kriegswichtigen Produkten zuführt und alle Arbeitskräfte, Produktionseinrichtungen und Rohstoffe in einen militärisch geführten wirtschaftlichen Organismus eingliedert." Im "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 wurde diese Maßgabe der IG FARBEN konsequent umgesetzt. Mit diesem Gesetz hatte die Hitler-Regierung die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft diktiert. Die zerschlagenen Gewerkschaften wurden durch die Deutsche Arbeitsfront (DAF) ersetzt. Sie wiederum wurde von der "Reichsgruppe Industrie" kontrolliert.

Für den "stillen" Wirtschaftskrieg, der die Vorstufe zur offenen militärischen Gewalt ist, hatte die IG FARBEN ihre eigene Spionageorganisation in Berlin. Sie trug die harmlose Bezeichnung "Statistische Abteilung". Die Zentrale beherrschte das Spionagehandwerk mit Hilfe seiner zahlreichen, in der ganzen Welt sitzenden Geschäftsleute der IG FARBEN außerordentlich gut. Die USA nahm in ihren Plänen eine so bedeutende Stellung ein, daß die IG FARBEN dort die CHEMNYKO errichtete, eine Tarnfirma, die sich ausschließlich der Spionage widmete. Als kurz nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour amerikanische Regierungsbeauftragte die Akten der CHEMNYKO beschlagnahmen wollten, stießen sie auf Rudolf Ilgner, den Bruder des IG FARBEN-Direktors Max Ilgner, der im Begriff war, das wichtigste Material zu vernichten. Sie fanden noch genug: Sendeeinrichtungen, Spezialberichte aus über 50 Ländern, hunderte von Karten der amerikanischen Küsten- und Hafenanlagen, von Eisenbahnen und sonstigen Verkehrswegen, genaue Lagepläne von Industrieanlagen, Tanklagern, Kartenmaterial über den Verlauf von Ölleitungen, Luftaufnahmen amerikanischer Städte von Luft- und Flottenbasen usw. Die IG FARBEN-Zweigniederlassungen in aller Welt arbeiteten nicht nur für die Spionagezentrale, sondern hatten auch die Aufgabe, das Naziregime im Ausland propagandistisch zu vertreten. In einem Bericht des Chefs der "Statistischen Abteilung", Max Ilgner, heißt es: "Auf keinen Fall werden Männer in unserer Auslandsgesellschaft entsandt, die nicht zur deutschen Arbeitsfront gehören und die nicht eine positive Einstellung zu unserer 'neuen Ordnung' haben. Die Männer, die ins Ausland geschickt werden, sollten sich nationalsozialistischer Haltung zur Pflicht machen."

DIE GANZE WELT

Am 1. September 1939 fiel die Deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung in Polen ein. Die IG FARBEN bereitete sich auf einen Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa vor. Überall dort, wo die Nazi-Schergen einfielen, riß sich das FARBEN-Kartell die Fabriken der unterdrückten Völker unter den Nagel. Der amerikanische Ankläger im IG FARBEN-Prozeß fand dafür nach dem Krieg eindrucksvolle Worte: "Es war in seiner Gesamtheit ein Plan zur Beherrschung der chemischen Industrie des europäischen Kontinents einschließlich Großbritanniens, um Krieg zu führen gegen die übrige Welt. Es war ein Plan zur Realisierung der Ideen Duisbergs ... Wir müssen nicht weiter nach Motiven suchen; es ist alles in diesen Dokumenten niedergeschrieben. Sie sind in der leidenschaftslosen Sprache der Wissenschaft und des Handels geschrieben, aber zwischen den Zeilen kann jedermann leicht glimmenden Haß und grenzenlosen Ehrgeiz erkennen. Diese Männer wollten sich zu Herren der Welt machen, und sie waren darauf vorbereitet, sie zu zerstören, falls ihnen dieses nicht gelingen sollte."

DER HALBHERZIGE PROZESS

Die Weltöffentlichkeit verlangte die härteste Verurteilung der nationalsozialistischen Kriegsverbrecher und ihrer Hintermänner in Industrie und Wirtschaft. Die Alliierten leiteten die Prozesse gegen die politische Führung der NSDAP und gegen die Führer des deutschen Finanz- und Rüstungskapitals ein. Rasch stellte sich allerdings heraus, daß in amerikanischen Regierungs- und Finanzkreisen die Prozesse gegen die Wirtschaftskapitäne, insbesondere gegen die Manager der IG FARBEN, keinesfalls einheitlich positiv beurteilt wurden. In einer geheimen Denkschrift vom 7. Oktober 1946 erläuterte der amerikanische Ankläger im Hauptkriegsverbrecherprozeß gegen die IG FARBEN, Robert H. Jackson, warum die Prozesse seiner Meinung nach unzweckmäßig waren: "Ich bin gegen derartige weitere Prozesse und kann sie der Regierung der USA nicht empfehlen. Von unserem amerikanischen Standpunkt aus bringt ein solcher Prozeß gegen die Industriellen nur sehr wenig Nutzen; das Risiko hingegen, das wir mit ihm laufen, kann ungeheuer groß werden. Ich hege die Befürchtung, daß eine sich über lange Zeit erstreckende Attacke gegen die Privatindustrie - und zu einer solchen würde es im Verlaufe eines solchen Prozesses kommen - den Industriekartellen den Mut nehmen könnte, weiterhin mit unserer Regierung im Rahmen der Rüstungsmaßnahmen, die im Interesse unserer zukünftigen Verteidigung getroffen werden müssen, zusammenarbeiten." Im Hintergrund arbeiteten die mächtigen IG FARBEN Verbindungen in den USA, die alles daran legten, den Prozess gegen den Konzern zu verhindern.

Dank der Hartnäckigkeit einer kleinen Gruppe US-amerikanischer Ermittler kam es zwar noch zu ei-

FORDERUNGEN

Die COORDINATION GEGE BAYER-GEFAHREN fordert:
- **Entschädigung aller Zwangsarbeiterinnen und deren Hinterbliebenen**
- **Erhalt der KZ-Gedenkstätte in Auschwitz durch BAYER und andere IG FARBEN-Nachfolger**
- **keine Pensionszahlungen an ehemalige IG FARBEN-Bosse und deren Witwen**
- **sofortige Auflösung der IG FARBEN IN ABWICKLUNG**
- **Öffnung der BAYER-Archive für alle interessierten Menschen.**

nem Prozess, aber als am 27. August 1947 die Verhandlungen in Nürnberg eröffnet wurden, begann eine 11monatige Justizkomödie. Ausgerechnet Howard C. Peterson sollte die Richter für die Aburteilung der IG FARBEN-Direktoren auswählen. Peterson jedoch war ehemaliger Teilhaber der New Yorker Anwaltsfirma Cravath, Gersdorff, Swain & Wood, die vor und nach dem Krieg die Interessen der IG FARBEN in den USA vertrat. Der Prozeßausgang war vorprogrammiert. Ein Beamter der alliierten Kontrollkommission fragte: "Wie können wir die deutschen Industriellen für etwas bestrafen, was wir an ihrer Stelle auch getan hätten?" Entsprechend fielen die "Urteile" aus: 11 der IG FARBEN-Manager wurden freigesprochen, 6 erhielten Gefängnisstrafen von 1 1/2 bis 3 Jahren, der spätere BAYER-Aufsichtsratvorsitzende ter Meer bekam 7 Jahre, Ambros und Dürrfeld bekamen 8 Jahre Gefängnis. Ein Strafmaß, das eine Verhöhnung der Völker Europas und der Millionen Opfer darstellte. Zumal die Verurteilten schon bald vorzeitig aus der Haft entlassen wurden und zum Teil nahtlos in den formal entflochtenen Nachfolgeunternehmen des IG FARBEN-Kartells übernommen wurden.

So ging es mit den IG FARBEN-Kriegsverbrechern in der jungen Nachkriegsrepublik unter Adenauer rasch wieder aufwärts. Es zeigte sich sogar, daß der wirtschaftliche Wiederaufbau von der IG FARBEN bereits "in weiser Voraussicht" gegen Ende des Krieges geplant worden war und z. B. mit dem Wirtschaftsminister Erhard, einem Mann der IG FARBEN, umgesetzt wurde. Und auch aktuell scheinen immer wieder auch die IG FARBEN-Nachfolger durch, wenn es darum geht, wer die politischen Weichen stellt. Immerhin kommt Helmut Kohl von der BASF und in den Skandalen um die Finanzierung seiner Kanzlerschaft spielten auch Gelder der chemischen Industrie eine große Rolle. Damals wie heute bestimmen die führenden Männer der Großindustrie die Politik dieses Landes und die Geschicke der Welt. Es geht um die gleichen Interessen: Profite und die Vormachtstellung auf den Weltmärkten. Es kommt nicht von ungefähr, daß BAYER für Milliarden das wegen der Kriegsverbrechen im ersten und zweiten Weltkrieg enteignete Recht am eigenen Namen 1994 zurückkaufte. Damit verbunden ist die vollständige Rückeroberung des US-amerikanischen Marktes, einhergehend mit gigantischen Umsatzsteigerungen vor allem im Bereich freiverkäuflicher Medikamente ... .



Giftgasanschlag in Japan: Bis heutebedroht das von BAYER erfundene Sarin Mensch, Tier und Umwelt. Die COORDINATION fordert: Sanierung in Halle, Munster, Bitterfeld ... Bergung der versenkten Bestände aus der Ostsee durch BAYER.

GIFTGAS IN HALLE

In dem Industrievorort Ammendorf im Süden von Halle wird gebaut. Auf altem Chemie-Gelände siedeln sich viele neue Firmen an. Doch nur wenige Spatenstiche unter der Erde kommen giftige Überreste einer Kampfstoff-Fabrik aus der Nazi-Zeit zutage. Aus alten Tanks und Rohrleitungen dampfen noch immer Gase aus. Ein Gutachten bestätigte bereits 1991 „starke Kontamination mit Kriegsaltlasten" sowie „eine Gefährdung für Mensch und Umwelt". Der TÜV empfahl eine Totalsanierung, doch die Stadt sperrte sich dagegen.

Bis 1942 wurde in Ammendorf der Kampfstoff Lost, als Senfgas berühmt berüchtigt, produziert. Bereits 1940 verlangten NS-Behörden die Beseitigung schwerwiegender Mängel „um schwere Beschädigungen und Unfälle ... zu vermeiden". Nach dem Krieg erkrankten viele AnwohnerInnen, woraufhin der DDR-Regierung das Gebiet abriegelte. Weil die Kommune heute auf Gewerbeflächen angewiesen ist, hat sie das ehemalige Kampfstoff-Gebiet zur Bebauung freigegeben. Die in der Erde befindlichen Lost-Becken, so wurde entschieden, werden nicht entfernt, sondern lediglich mit Betonplatten und einer dünnen Erdschicht zugedeckt.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die umfassende Sanierung aller Giftgasgelände und die Bergung aller Kampfstoffe aus der Ostsee durch BAYER und die IG FARBEN-Nachfolger.

ZWANGSARBEIT IM ERSTEN WELTKRIEG

Der BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg hat in einem Brief vom 03. März 1913 an Gustav Stresemann bereits die Rekrutierung von ZwangsarbeiterInnen gefordert. Das "belgische Arbeitskräftereservoir", so Duisberg, müsse geöffnet werden. Auch mehrere tausend Polen, Serben und Russen wurden aus ihrer Heimat verschleppt, um im Leverkusener BAYER-Werk zu schuften. Die aus Belgien zwangsrekrutierten 60.000 Männer weigerten sich jedoch zu arbeiten. Weil unter der kritischen Beobachtung der Weltöffentlichkeit keine Zwangsmaßnahmen gegen sie eingesetzt werden konnten, wie bedauernd konstatiert wurde, mußten die Belgier nach Hause zurückgeschickt werden. Man traute sich offensichtlich noch nicht, sie unter Androhung von Folter und Tod zur Arbeit zu zwingen.

PROFITABLE VERNICHTUNG

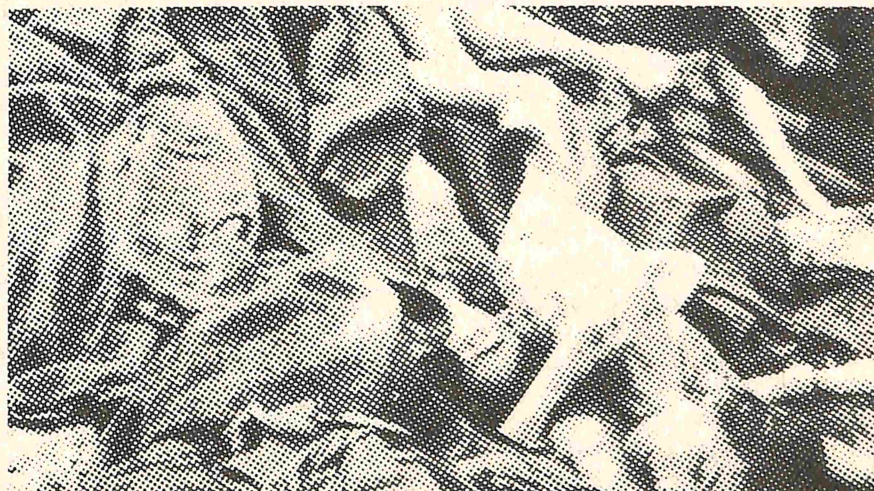
EHEMALIGE KZ-HÄFTLINGE FORDERN ENTSCHÄDIGUNG

(nw) In einem IG FARBEN-eigenen Konzentrationslager wurden hunderttausende Menschen unter grausamsten Bedingungen zu Tode gequält. Während die Überlebenden und die Angehörigen der Opfer bis heute, 50 Jahre nach Kriegsende, vergeblich auf eine Entschädigung warten, sind die drei FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF größer und mächtiger, als der gesamte IG FARBEN-Komplex jemals war.

Das dunkelste Kapitel in der Geschichte der IG FARBEN spielt hinter Stacheldraht. An ihren 6 Milliarden Reichsmark Kriegsgewinn klebt unmittelbar das Blut zigtausender KZ-Häftlingen. 370.000 Häftlinge wurden allein in Auschwitz und den Außenlagern der IG FARBEN zu Tode geknechtet; ungezählt die Häftlinge anderer KZ's, die "Ost- und FremdarbeiterInnen", die Kriegsgefangenen, die für die IG FARBEN Zwangsarbeit verrichten mußten, bis zum Tod.

Schon bald nach dem Überfall auf Polen hatte sich die IG FARBEN entschlossen, ein viertes BUNA-Werk zu bauen, um den Bedarf der Wehrmacht an synthetischem Kautschuk zu decken. Die Standortwahl fiel auf Auschwitz, ein kleines Städtchen mit 13.000 EinwohnerInnen. Dort lag ein KZ, das billige Arbeitskräfte versprach. Die IG FARBEN finanzierte den Ausbau des KZ's, sicherte den Bau von Häftlingsbaracken und sorgte dafür, daß die Gestapo gut untergebracht wurde und vergaß auch nicht die Arrestzellen für die ArbeitssklavInnen. Das KZ Auschwitz wurde in die Baupläne der IG FARBEN aufgenommen. Eine Aktennotiz vom Dezember 1941 bestätigt, daß die IG FARBEN zum Ausbau des KZ's 2 Millionen Mark zur Verfügung gestellt hat.

Die Zusammenarbeit mit der SS klappte bis auf nebensächliche Querelen um die "Häftlingsverleihgebühr" reibungslos. So konnte das verantwortliche Vorstandsmitglied für das IG FARBEN-Werk Auschwitz, Dr. Ambros, am 12. April 1941 zufrieden an seine Kompagnons in Ludwigshafen telegrafieren: "Und außerdem wirkt sich unsere neue Freundschaft mit der SS sehr segensreich aus. Anläßlich eines Abendessens, das uns die Leitung des KZ's gab, haben wir weiterhin alle Maßnahmen des KZ's festgelegt, welche die Einschaltung des wirklich hervorragenden Betriebs des KZ-Lagers zugunsten der BUNA-Werke betreffen."



Max Faust, stellvertretender Betriebsführer des Auschwitzer Werks, nannte die Mittel, die die IG FARBEN anzuwenden gewillt war: "Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt."

Segensreich für die IG FARBEN, tödlich für die Häftlinge! Von Anbeginn waren die Herren der Werksleitung mit den Arbeitsleistungen der KZ-Insassen unzufrieden. Max Faust, stellvertretender Betriebsführer des Auschwitzer Werks, nannte die Mittel, die die IG FARBEN anzuwenden gewillt war: "Nach unseren bisherigen Erfahrungen fruchtet bei diesen Menschen nur Brachialgewalt."

WERKSEIGENE KZ'S

Die täglichen 7 km Fußmarsch der Häftlinge vom KZ zum Werk und zurück waren der IG FARBEN zuviel, da ihr hierdurch Arbeitszeit und Arbeitskraft verloren ging. Sie drängte auf Errichtung eines eigenen KZs auf dem Werksgelände; das wurde bewilligt, und das IG FARBEN-KZ Monowitz entstand. Es sollte "die Leistung steigern" (Dürrfeld unter Eid). Die Zustände in diesem KZ schildert Arnest Tauber, ein ehemaliger Häftling des IG FARBEN-KZ in einer Erklärung unter Eid: "... In Monowitz schliefen auf einem Block in der Regel 400 Häftlinge. Der Block war für 162 Häftlinge eingerichtet. 1943 schliefen bis 3 Mann in einem Bett. ... Verantwortlich für die Unterbringung war IG FARBEN. Anfang

1943 übernahm die IG FARBEN die Verpflegung des Lagers Monowitz. Das Essen war nur in den ersten Tagen der Übernahme etwas besser. Im allgemeinen war es ungenügend und hatte überhaupt keinen Fettgehalt. Es bestand aus 1 Liter Wassersuppe, gekocht von ungeschälten Kartoffeln und anderem der Gesundheit nicht zuträglichem Inhalt, so daß infolge der Verpflegung im Lager Monowitz Bauchtyphus auftrat. Morgens gab es nur Kaffee, abends 375 g Brot und eine Zulage von 8 g Margarine. An manchen Tagen gab es das dopppelte Quantum Margarine. Diese Verpflegung war bei der verlangten Arbeit im IG-BUNA-Werk zum Leben vollkommen unzureichend. Viele Häftlinge starben an den Folgen von Unterernährung und schlechter Bekleidung. Das Gewicht einiger Mithäftlinge ging in IG-Auschwitz auf 35 kg bis 44 kg herunter. Das durchschnittliche Gewicht lag um 55 kg. Dürfeld, der

Vorstandsmitglied Fritz ter Meer, nach dem Krieg bei BAYER wieder im Aufsichtsrat, sollte später im IG FARBEN-Prozeß sagen, daß "diesen KZ-Häftlingen dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden" wäre, "da man sie ohnehin getötet hätte".

Betriebsleiter der IG FARBEN Auschwitz, war über die schlechte Verpflegung vollkommen unterrichtet. Er kostete die Suppe einmal im Frühjahr 1943 in meiner Gegenwart. Er lobte die Suppe und ich fragte ihn, ob er das im Ernst meint, worauf er sagte: 'Nun, sie ist verbesserungsfähig' ... Es gab im Winter kaum ein Kommando, auf dem nicht täglich Erfrierungen vorkamen. An einem schweren Wintertage waren 30 Tote nichts außergewöhnliches. Die Toten mußten an den Gebäuden der IG-Werksleitung vorbeigetragen werden. Es war ausgeschlossen, daß Dürfeld es nicht gesehen hat. Die IG FARBEN wußte nicht nur über die vorkommenen Grausamkeiten, sondern beteiligte sich selber daran. Ich sah persönlich, wie Oberingenieur Faust mehrere Häftlinge mit dem Knüppel geschlagen hat."

Es ist kaum verwunderlich, daß die Häftlinge die geforderten Arbeitsleistungen nicht bringen konnten. Zur Durchsetzung der "Arbeitsdisziplin" vereinbarte die IG FARBEN mit der SS, daß Berufsverbrecher aus ganz Deutschland als Kapo's und Meister in Monowitz eingesetzt werden sollten. Die Gestapo wurde Ende 1943 von der IG FARBEN sogar gerügt, weil sie "Arbeitsbummelanten" zu lasch anfasse. Die Gestapo habe wohl "noch nicht erkannt, um was es geht". Für besonders "hartnäckige" ließ die IG FARBEN zusätzlich sogenannte "Erziehungslager", sprich Straflager einrichten. "Half" auch das noch nicht, drohte Einweisung ins KZ Auschwitz. Dort erwartete die Betroffenen Folter und Tod, z. B. durch die Bogerschaukel: "Dem Häftling wurden die gefesselten Hände über die Knie gezogen, zwischen den Armen und Kniebeugen wurde eine Stange durchgezogen, an der er wie an einem Reck aufgehängt wurde. Peitschenschläge brachten den Häftling zu schaukeln. Wer diese Folter lebend überstand, dem waren die Hände abgescheuert, das Gesäß in Fetzen, das Gesicht voll Blut."

Hatten die KZ's bis zum Beginn des Krieges hauptsächlich die Funktion, politische Gegner zu isolieren und zu liquidieren, so waren sie nun zu einem "unerschöpflichen" Arbeitskräftereservoir der Konzerne geworden, von diesen mit allen Mitteln gefördert. In einem Brief an Himmler wies der Chef des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes, Pohl, darauf hin, daß "der Krieg eine sichtbare Strukturänderung der KZ's gebracht und die Aufgabe hinsichtlich des Häftlingseinsatzes grundlegend geändert hat. Das Schwergewicht hat sich nach der wirtschaftlichen Seite hin verlagert". So hatte das KZ Auschwitz neben anderen Firmen 5 Werke der IG FARBEN mit Häftlingen zu versorgen. Das IG FARBEN-eigene KZ Monowitz war zu einem Zentrallager für weitere 28 Außenlager geworden. Anfang 1942 entstand das dritte große Auschwitzer KZ Birkenau, ein reines Vernichtungslager. Nicht arbeitsfähige Häftlinge wurden dort "sonderbehandelt" (SS-Jargon), d. h.: mit dem IG FARBEN-Gift Zyklon B vergast.

Das Vorstandsmitglied der IG FARBEN, Schneider, wies Mitte 1943 nochmals auf die Behandlung hin, die ZwangsarbeiterInnen und Häftlinge zu erdulden hatten: "An die Betriebsführer, Betriebsobmänner und Unterführer in den Betrieben. Oberster Grundsatz bleibt es, aus den Kriegsgefangenen soviel Arbeitsleistung herauszuholen, als nur irgend möglich. Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen." Solche Art der Behandlung führte zu einer durchschnittlichen Lebenserwartung im IG FARBEN-Werk von nicht ganz neun Monaten! Gegenüber einem polnischen Schlossermeister legte die IG FARBEN-Werksleitung ihre Henkerphilosophie dar: Die Häftlinge seien "Werkzeuge, mit denen gearbeitet werden müsse, bis sie kaputt seien. Wenn sie kaputt seien, gäbe es neue Werkzeuge."



Menschenverachtender Zynismus: Tor zum KZ Auschwitz.

MEDIZINISCHE EXPERIMENTE

Das Geschäft der IG FARBEN mit dem Tod umfaßte auch medizinische Experimente größter Perversion. Um langwierige und kostspielige pharmkologische Untersuchungen zu sparen, wurden in Entwicklung befindliche Medikamente an Häftlinge ausprobiert. Zu diesem Zweck wurden z. B. Versuchspersonen Viren von Typhus und Ruhr eingeimpft - ohne genaue Kenntnis der Wirkung. Im Auftrag der IG FARBEN führte Hauptsturmführer Dr. Vetter diese Experimente durch, mit dem Tod im Medikamentenkoffer von KZ zu KZ reisend. Vorstandsmitglied Fritz ter Meer, nach dem Krieg bei BAYER wieder im Aufsichtsrat, sollte später im IG FARBEN-Prozeß dazu sagen, daß "diesen KZ-Häftlingen dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden" wäre, "da man sie ohnehin getötet hätte".

IG FARBEN-Anweisung (1943): "Alle diese Menschen müssen so ernährt, untergebracht und behandelt werden, daß sie bei denkbar sparsamstem Aufwand die größtmögliche Leistung vollbringen."

Ein Briefwechsel zwischen BAYER und dem KZ Auschwitz dokumentiert die Grausamkeit der Versuche an Menschen: "Im Hinblick auf Experimente mit einem neuen Schlafmittel wären wir ihnen dankbar, wenn sie eine Anzahl von Frauen besorgen wollten. ...

Wir erhielten ihre Antwort, sehen jedoch den Preis von 200 Mark pro Frau als übersetzt an. Wir schlagen ihnen einen Preis von höchstens 170 Mark pro Frau vor. ...

Die bestellten 150 Frauen erhalten. Trotz ihrem kümmerlichen Gesundheitszustand werden sie als genügend erachtet. ...

Die Versuche sind vorgenommen worden. Alle Versuchsobjekte sind gestorben. Wir werden Sie in Kürze betreffend einer neuen Lieferung benachrichtigen. ..."

Als im Januar 1945 die Rote Armee Auschwitz befreite, waren im IG FARBEN KZ Monowitz 120.000, zusammen mit dessen Nebenlagern 370.000 Menschen umgekommen; ungezählt die durch "Arbeit vernichteten" Häftlinge der IG FARBEN-Werke in Außenlagern der KZ's Stutthof, Sachsenhausen, Buchenwald, Flossenbürg, Mauthausen. Während die FARBEN-Nachfolger BAYER, HOECHST und BASF zwei Weltkriege nahezu unbeschadet überstanden haben und heute mächtiger denn je dastehen, müssen die Opfer von Ausbeutung, Folter und Zwangsarbeit noch immer auf eine Entschädigung warten.

UND HEUTE DIE GANZE WELT

USA/DDR: SIEG AUF GANZER LINIE

Durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten ergeben sich riesige neue Übernahme- und Absatzpotentiale. BAYER hat die Entwicklung der neuen Märkte und vor allem die "Abwicklung" der DDR-Chemie aktiv mitbetrieben. Wie die Ex-TREUHAND-Vorsitzende Birgit Breuel in ihrem veröffentlichten Tagebuch (TREUHAND intern, Ullstein-Verlag) berichtet, brachten die Westimporte "Pioniergeist, Leistungswillen, auch nationales Plichtgefühl" mit. Einen schätzte sie besonders: Professor Ernst Schraufstätter, der zusammen mit 6 Kollegen der BAYER AG ab November 1990 seine Tätigkeit bei der TREUHAND aufnahm. Professor Schrauf stätter und drei seiner BAYER-Kollegen bildeten das "Chemieteam" (alle Zitate nach Breuel), das alle Chemiefirmen zu betreuen und "alle Aufgaben von der Privatisierung bis zur Liquidation durchzuführen" hatte und deshalb - man hat viel Humor bei der TREUHAND - wirklich nur scherzhaft "Viererbande" genannt wurde. Sie fuhren zuerst nach Bitterfeld: "Ein schokkierender Gesamteindruck. Wie konnte man Firmen so herunterkommen lassen, ein fast totaler Substanzverzehr." Doch die Viererbande ... schaffte neue Substanz, kostbare Filetstücke, von denen freilich im Breuel-Tagebuch keine Rede ist. Ein knappes Jahr später, im Oktober 1991, bekam die BAYER AG Betriebsgelände in Bitterfeld, um drei neue Fabriken zu bauen. Arbeitsplätze? Nur 500 von 10.000 Arbeitslosen damals in Bitterfeld. Altlasten wurden auf Kosten des Steuerzahlers beseitigt. Auf daß die Vernichtung der ostdeutschen Konkurrenz und der steuerlich zu über 50 % subventionierte Neubau der BAYER-Niederlassung auch planmäßig vollzogen wurde, hatte sich kein geringerer, als Aufsichtsrats-Chef Hermann Josef Strenger, eingeschaltet. Er, der bis April 1993 als Vorstandsvorsitzender die Weichen der Ost-Liquidation in Sachen Chemie gestellt hatte, saß im Verwaltungsrat der TREUHAND und wachte über seine Viererbande.

Diesem Treiben fiel letztendlich auch der Foto-Riese ORWO zum Opfer. Das Aus des ehemaligen DDR-Kombinates steht - BAYER sei's geklagt - unmittelbar bevor. Die BAYER-Tochter AGFA hat dagegen gut lachen. Nachdem man sich über die TREUHAND der Konkurrenz entledigt hatte, kann der Markt mit AGFA-Produkten überschwemmt werden. Dabei gab es für ORWO durchaus marktfähige Sanierungskonzepte. Sie paßten allerdings nicht in die strategische Planung der BAYER-Manager.

Auch in den USA wurden die durch die Weltkriege hinzunehmenden Maßnahmen historisch revidiert. Die enteigneten Rechte am eigenen Namen konnten 1995 zurückgekauft werden. Damit verbunden sind riesige Umsatzsteigerungen insbesondere im Bereich freiverkäuflicher Medikamente. Das mächtige BAYER-Kreuz strahlt also wieder in der ganzen Welt.

GRÖSSTE BLÜTE ALLER ZEITEN

KONZERNE HABEN NACHKRIEGSORDNUNG MIT NS-BÜROKRATEN VORBEREITET

Ohne Carl Duisberg wäre der zweite Weltkrieg wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Der BAYER-Generaldirektor war es, der das mächtige IG FARBEN-Kartell geschmiedet hat, das Adolf Hitler an die Macht brachte. IG FARBEN-Strategen schließlich sorgten dafür, daß rechtzeitig die Weichen für eine Nachkriegsordnung gestellt wurden, in der „die deutsche Wirtschaft ihre größte Blüte ... aller Zeiten" (Hitler) erlebte. Von Otto Köhler.

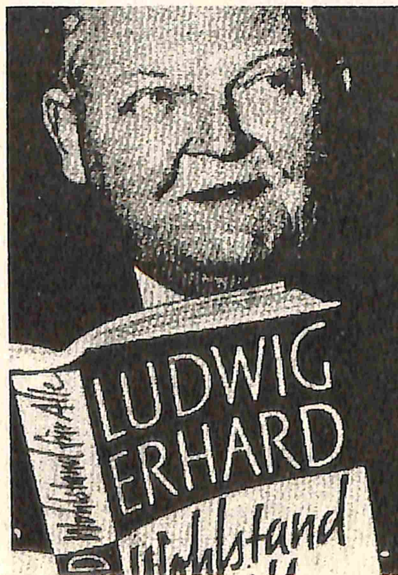
Der 20. Juli der deutschen Wirtschaft begann bereits am 26. Juni. Zwölf Jahre und einen Tag nachdem die Interessengemeinschaft Farben mit dem zur Macht drängenden Adolf Hitler am 25. Juni 1932 den Benzinpakt abgeschlossen hatte, bat der Führer ein letztes Mal rund hundert Vertreter der deutschen Wirtschaft zu sich auf den Obersalzberg.

So wie die Militärs pünktlich im Juli 1944 ihre zwingenden Gründe hatten, dem Ruf der Humanitas zum Aufstand gegen Hitler zu folgen - am 6. Juni waren die Westalliierten in der Normandie gelandet, und die sowjetische Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte hatte am 23. Juni begonnen -, so verlor nun auch die Elite der deutschen Wirtschaft, die IG FARBEN vorneweg, ihr Interesse an Hitler. Das war leicht zu erklären. Fünf Jahre lang hatte der Luftkrieg der West-Alliierten die Benzin-Hydrier-Werke der IG FARBEN und der von ihr abhängigen Konzerne geschont - seit Mai wurden diese Hauptschlagadern der deutschen Kriegsversorgung bombardiert.

Hans Kehrl, Leiter des Rohstoffamtes im Rüstungsministerium erschrak, als er am 26. Juni 1944 sah, wie Hitler von seinem Minister Albert Speer, dem großen Freund der deutschen Wirtschaft, in das Führerkaffee auf dem Obersalzberg geführt wurde: „Es sah beinahe so aus, als ob Speer ihn wie eine Puppe aufs Podium schieben mußte. Seine Bewegungen waren eckig, seine Arme hingen in merkwürdiger Weise herab, seine Stimme war schwach. Er sprach von allem möglichen, nur nicht von dem, was wir erwartet hatten. Nichts von der militärischen Lage, nichts von den Luftangriffen, nichts von Wunderwaffen ..."

Nein, Hitler sprach von Frieden und Friedenswirtschaft, und das mochte die Industriellen, die im Augenblick andere Sorgen hatten, ein wenig verwirren. Aber sein aufrichtiger Freund Speer hatte ihm gut zugeraten - der Rüstungsminister hielt als genialer Organisator das Dritte Reich zusammen und betrieb nebenamtlich auch noch den unentbehrlichen Widerstand: Mit Giftgas wollte er Hitler und seinen engeren Kreis - sich selbst natürlich ausgenommen - beseitigen, kam aber infolge der Überfülle seiner Aufgaben nie dazu.

Und so legte der Führer auf Wunsch seines Freundes schon am 26. Juni 1944 sein Bekenntnis zur kommenden freiheitlich-demokratischen Grundordnung ab, indem er ausdrücklich hinwies auf die „Unverletzbarkeit des privaten Eigentums an den Betrieben". Hitler forderte „freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie". ...



Aber Hitler, der bis dahin seine Rede genau so hielt, wie es ihm Speer empfohlen hatte, beging nun doch noch den entscheidenden Fehler. Er wich für einige Schritte nur vom Königsweg des freien Unternehmertums ab, von der Höherentwicklung der Menschheit durch die Privatinitiative, von dem Bekenntnis zu dem, „was wir mit dem Begriff Privatkapital oder Privatbesitz oder Privateigentum überhaupt bezeichnen".

Vielleicht war es nur ein frühkindliches Erlebnis, das er nicht verarbeitet hatte, egal, er ließ sich überwältigen, unbeherrscht sprudelte es aus ihm hervor, daß er in einem ganz bestimmten Fall doch mit lenkender Hand in die Freiheit der unternehmerischen Privatinitiative eingreifen würde. Wirklich nur „im Ausnahmefall", so beteuerte Hitler, wolle er „korrigierend" in die Freiheit der Wirtschaft eingreifen, aber verdächtig schnell hatte er einen solchen Ausnahmefall gefunden: „Ein großer Erfinder entdeckt plötzlich eine neue Art eines Korsetts. Dann würde ich dagegen Stellung nehmen, sofort! Ich würde sagen: Wir brauchen andere Dinge als Korsetts jetzt. Und wenn der Mann sagt: 'Ja, aber das ist meine Erfindung! Ich habe ein Korsett ohne viel Stangen, ohne Fischbein, sondern mit Stahl, neue Legierung; kann nicht rosten, absolut so elastisch wie Fischbein und läßt sich noch besser zusammenschnüren; rückwärts ist eine Kurbel, es brauchen also nicht mehr zwei Leute zu ziehen, ganz neue Erfindung, kann sogar an jede Steckdose angeschlossen werden, geht automatisch.' Dann werde ich sagen: 'Mein Herr, sperren Sie Ihre Erfindung sogleich wieder ein! Ich lasse keine Korsetts machen in Deutschland, weil ich die deutsche Frau nicht kaputtmachen lasse.'"

Das war ein klarer Verstoß gegen die freie Unternehmerinitiative, und da half es überhaupt nichts, daß Hitler seine Wehrwirtschaftsführer direkt ansprach: „Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie es mir über-

* Am 25. Juni 1932 hatten Abgesandte der IG Farben Hitler in München aufgesucht und von ihm die Zusage erhalten, er werde im Fall seines Sieges einen profitablen Preis für das aus Kohle gewonnen Leuna-Benzin garantieren, koste es, was es wolle. Darauf beschloß der in eine schwere Krise geratene Konzern trotz niedriger Weltmarktpreise sein synthetisches Benzin weiterzuproduzieren.

haupt ermöglichten, die (Kriegs-) Aufgaben zu erfüllen. Sie müssen aber als meinen höchsten Dank etwas entgegennehmen, nämlich das Versprechen, daß meine Dankbarkeit sich auch später immer wieder zeigen wird und daß keiner auftreten kann im deutschen Volk, der mir sagen kann, ich hätte mein Programm je verletzt. Das heißt, wenn ich Ihnen sage, daß die deutsche Wirtschaft nach diesem Kriege ihre größte Blüte, vielleicht aller Zeiten, erleben wird, dann müssen Sie das auch als ein Versprechen auffassen, das eines Tages seine Einlösung finden wird."

Obwohl Hitler damit kein Wort zuviel versprach, obwohl gleich nach dem Krieg die Landschaften des richtigen Deutschland aufblühten, so wie er es damals vorhersagte, konnte er die Verstimmung, die er mit seiner winzigen Abweichung vom Tugendpfad der freien Privatiniative unter den anwesenden Unternehmern ausgelöst hatte, nicht ausräumen.

Zuschlechterletzt trieb der Führer in einem neuen Anfall von Verwirrtheit alles auf die Spitze: „Wenn der Krieg verlorenginge, meine Herren, dann brauchen Sie keine Umstellung (auf Friedenswirtschaft) vornehmen. Dann bleibt nur, daß jeder Einzelne sich seine private Umstellung vom Diesseits zum Jenseits überlegt: ob er das persönlich machen will oder ob er in Sibirien arbeiten will - das sind die einzigen Überlegungen, die dann der Einzelne zu machen braucht."

Speer - und er nicht allein - war entsetzt: „Fast höhnisch und jedenfalls mit einem leichten Unterton der Verachtung für diese `feigen bürgerlichen Seelen' hatte Hitler diese Sätze gesprochen. Das blieb nicht unbemerkt und machte allein schon meine Hoffnung, daß die Industrieführer durch seine Rede neu angespornt würden, zunichte."

Kehrl, dem Hitler bei seiner Rede den Eindruck „eines Menschen in schwerstem Erschöpfungszustand und zeitweiser Geistesabwesenheit" bot, berichtet, wie sich die Teilnehmer aus der Industrie bei der Heimfahrt nach Berlin über den Führer einig waren: „Der Mann ist ja ein ganz anderer, als der, den wir früher kannten ... Der Mann ist doch gar nicht mehr regierungsfähig."

Man mußte sich umorientieren und doch dabei möglichst so bleiben, wie man war. Hitler war im Grunde nur noch ein störendes Zwischenglied. ...

Rudolf Stahl, Vorstandsvorsitzender der SALZDETFURTH AG und zugleich stellvertretender Leiter der Reichsgruppe Industrie hatte sich darum schon geraume Zeit überlegt, wie mit weniger erfreulichen neueren Ereignissen in West und Ost zurechtzukommen sei. Unter seiner Leitung arbeitete Ludwig Erhard in seinem seit 1942 von der IG FARBEN finanzierten Nürnberger Institut für Industrieforschung bereits an den Problemen der Nachkriegswirtschaft. Dessen wichtigstes Ergebnis war die Studie „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung", um die sich in der Nachkriegszeit manche Widerstandslegenden rankten, weil sie lange verschollen blieb.

Die Reichsgruppe Industrie gewann Interesse an der Erhards Werk und vermittelte ihn 1944 an den Unterstaatssekeretär im Wirtschaftsministerium, SS-Gruppenführer Otto Ohlendorf. Erhards Gesprächspartner war ein Massenmörder. Noch zwei Jahre zuvor hatte er im Osten als Leiter der Einsatzgruppe D 90.000 Männer, Frauen und Kinder umgebracht.

1977 veröffentlichte der Zeithistoriker Ludolf Herbst in den Vierteljahresheften für Zeitgeschichte einen Aufsatz über das Verhältnis zwischen dem Massenmörder Ohlendorf und dem Wirtschaftswundermann Erhard, der außerhalb von Fachkreisen weitgehend unbeachtet blieb. Herbst: „Es gab bei allen Unterschieden in den weltanschaulichen Voraussetzungen so viele Berührungspunkte, daß nicht nur eine Zusammenarbeit als möglich erschien, sondern eine ganze Reihe prinzipieller wirtschaftspolitischer Grundpositionen Erhards in das mit der Abteilung Ohlendorfs abgesprochene und somit als Bestandteil der koordinierten Planung des RWM (Reichswirtschaftsministerium, O.K.) anzusehende Planungsprogramm der RI (Reichsgruppe Industrie, O.K.) eingehen konnten."

Diese Tatsache zeigte Herbst darüber hinaus, „welche Bedeutung Erhard für die Planungsvorbereitungen und ihre wirtschaftspolitische Ausrichtung zu erlangen vermochte." Ohlendorffs Planungskonzept formulierte, so Herbst, die Quintessenz der Argumentation von Erhards „wirtschaftlicher Zielsetzung", nämlich: „1) Abbau der staatlichen Bewirtschaftung unter betonter Wiederbelebung der Privatinitiative und Ausbau der Selbstverwaltung im Rahmen der staatlichen Wirtschaftsführung. 2) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Staats- und Privatbedarf ... 3) Grundsätzliche Abstimmung zwischen Investitons- und Konsumgüterherstellung, 4) Gestaltung der Marktordnung..." Kurz die Einführung dessen, was später dann „Soziale Marktwirtschaft" genannt wurde.

Behutsam stellte Herbst 1973 noch die Frage, warum Erhard „angesichts des offenkundigen Endes des Dritten Reichs seine Arbeitskraft in den Dienst von Organisationen und Menschen stellte, deren Zukunft ungewiß war und die ihn ja durchaus auch hätten kompromittieren können".

Doch die Überlegungen der Erhardschen Denkschrift konnten, als sie endlich bekannt wurden, ihren Verfasser in der Bundesrepublik Deutschland nicht kompromittieren. Erhard warnte schon 1944 vor denen, die erklären würden, daß der Krieg eine zu „gewaltige Wertevernichtung mit sich gebracht hat, als daß das Produktivkapital in privater Hand davon unangetastet bleiben dürfte". Er warnte vor denen, die sagen könnten: „Wenn ein Teil des deutschen Volkes ohne eigene Schuld alles verloren hat, kann es nicht gutgeheißen werden, daß andere ohne eigenes Verdienst Begünstigte möglicherweise ihr gesamtes Vermögen über den Krieg hinüberretten." Und er erläuterte ausdrücklich: „Der Verfasser bedient sich hier mit Absicht einer Argumentation, die - wie zu erwarten steht - zugleich auch das soziale Ressentiment anderer Schichten oder der durch den Krieg Geschädigten ... erkennen läßt."

Kurz: Erhard warnte vor einer anderen Republik als der, die 1944 in Deutschland bestand: „In letzter Konsequenz gipfeln solche Überlegungen in der Forderung nach einer Sozialisierung der Produktionsmittel, nach einer Vermögensabgabe also, die für die Zukunft dem Staat nicht nur die wirtschaftslenkende, sondern auch die unmittelbar unternehmerische Funktion zuweist." Und eben das wollte er vorsorglich verhindern. „Gespenstisch" nennt der Zeithistoriker Wolfgang Benz das Zusammenspiel von Ohlendorf und Erhard in dem von Theodor Eschenburg herausgegebenen Band Jahre der Besatzung 1945-1949. Ohlendorf (und mit ihm auch Himmler), die Reichsgruppe Industrie und Erhard waren sich Ende 1944 im Grunde darüber einig, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen und Vorbereitungen für die Nachkriegszeit zu treffen seien. Formuliert wurde das natürlich so nie. Doch die in Festreden und in der populären Erhard-Literatur immer noch vertretene Behauptung, Erhard habe zu Beginn seiner Denkschrift eingestanden, es stehe einwandfrei fest, daß der Krieg verloren sei, und sich und andere damit in große Gefahr gebracht, ist eine Legende und geht zurück auf einen etwas wirren Bericht eben dieses Tübinger Politikwissenschaftlers Eschenburg („nach meiner Erinnerung ungefähr").

Der Bericht Eschenburgs über seine Begegnungen mit Erhard im Dritten Reich (nachzulesen in der Festschrift zu Erhards 75. Geburtstag) bezieht sich auf „die Denkschrift Erhards", die nach Eschenburgs Angaben „ungefähr fünfzehn bis zwanzig Seiten" umfaßt und die er 1944 unter konspirativen Umständen gesehen habe. Das war 1971.

1976 wurde Erhards Denkschrift in einem Nachlaß gefunden. Sie war 278 Seiten dick. Im Vorwort zur Faksimile-Ausgabe von 1977 wiederholt Eschenburg seinen dubiosen Widerstands-Bericht, fügt aber hinzu: „Daß dieser Text eine Kurzfassung war und ebenso, für wen sie bestimmt war, wußte ich nicht. Von der eigentlichen Denkschrift habe ich erst viel später erfahren. Leider sind von der Kurzfassung mit ihrem lapidaren Text sämtliche Exemplare verlorengegangen und trotz aller Bemühungen bis heute nicht aufgefunden worden."

In einer Fernsehsendung warf Eschenburg 1989 die Denkschrift wieder mit der „Kurzfassung" durcheinander, welche Erhard und ihn „ins KZ" hätte bringen können, wenn sie den Nazis in die Hand gefallen wäre. Sein Professorenkollege Günter Schmölders bestätigte ihm schon vorher im Vorwort des Faksimile-Bandes: „Daß der Krieg 1944 für Deutschland bereits verloren war, wird nicht in der Denkschrift, wohl aber in ihrer späteren Kurzfassung ausdrücklich gesagt, über die Th. Eschenburg berichtet hat ..."

Erhard selbst hat in seinem Vorwort an gleicher Stelle nichts über eine „Kurzfassung" verlauten lassen, auch nichts über die Begegnung mit Ohlendorf, kann sich aber erinnern, daß er selbst „den Machthabern mißliebig geworden sei". Sie hätten ihm nämlich Arbeits- und Hilfskräfte verweigert.



An der „Kurzfassung" kann es ebensowenig gelegen haben wie an der ausführlichen „Denkschrift". Am 14. November 1944 schrieb Industrie-Vize Rudolf Stahl mit dem üblichen „Heil Hitler" dem SS-Brigadeführer und Massenmörder, dem „sehr verehrten Herrn Ohlendorf", in sein Reichswirtschaftsministerium diesen Brief: „Da, wie ich höre, am Freitag im Verfolg unserer letzten Zusammenkunft die von Ihnen dabei angeregte Aussprache mit Herrn Dr. Erhard stattfinden soll, gestatte ich mir, Ihnen in der Anlage eine mir heute zugegangene weitere Ausarbeitung des Herrn Dr. Erhard zu übersenden."

In diesem „Exposè Dr. Erhard" schlägt sich der auch gleich selbst für die Bearbeitung der „währungspolitischen Neuordnung" vor, und Stahl meint zu Ohlendorf, „daß sich dieses Exposè als Unterlage für ihre Unterhaltungen mit Herrn Dr. Erhard gut eignet." Er fügt hinzu: „Den Auszug aus der Erhard'schen Denkschrift über die Schuldenkonsolidierung ... überreichte ich Ihnen bereits am Freitagabend. Ich habe Herrn Dr. Erhard gebeten, Ihnen seine ausführliche Denkschrift am Freitag persönlich zu übergeben."

Hitler forderte „freie Wirtschaft nach dem Kriege und grundsätzliche Ablehnung der Verstaatlichung der Industrie".

Der SS-Gruppenführer hatte also längst die „Kurzfassung" in der Tasche, die nach Meinung des Politikwissenschaftler Theodor Eschenburg Erhard und auch ihn selbst ins KZ gebracht hätte, wenn sie den Nazis bekannt gewordne wäre.

Am 10. April 1948 wurde Otto Ohlendorf vom US-Militärgerichtshof in Nürnberg zum Tod durch den Strang verurteilt. Erhard, bereits Ende 1945 bayerischer Wirtschaftsminister, ist 1946 von der US-Besatzungsmacht wegen Begünstigung alter Nazis aus dem Ministeramt entfernt, gleichwohl aber 1947 als Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in der Bizonenenverwaltung mit der Vorbereitung der Währungsreform betraut worden.

Die Währungsreform vom 20. Juni 1948 erlebt Ohlendorf in der Kriegsverbrecherzelle. Am 4. März 1949 bestätigte der US-Militärgouverneur Lucius D. Clay das Todesurteil gegen ihn - Ludwig Erhard wurde derweil Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebiets in Frankfurt. Im Juni 1951 wird Ohlendorf aufgehängt. Ludwig Erhard ist im anerkannten Nachfolgestaat des Nazi-Reiches längst Bundesminister für Wirtschaft und beteiligt sich an den Vorbereitungen für eine deutsche Remilitarisierung. So endete der 20. Juli der deutschen Wirtschaft.

WIR BRAUCHEN IHRE HILFE

Bitte spenden Sie zur Finanzierung der Aktionen unter dem Stichwort "Nie wieder" auf das Konto Nummer 373 017 9617 bei der Ökobank Frankfurt (Main) BLZ 500 901 00. Bitte helfen Sie auch bei der Verbreitung unseres Materials (she. Bestellcoupon).

Ein gewisses Machtgefühl

Der große Mann des deutschen Kreditgewerbes starb im Februar 1994 mit 92 Jahren. Hermann Josef Abs hat sich um die Konzerne verdient gemacht. Im wahrsten Sinne des Wortes. Als Aufsichtsratsmitglied der IG FARBEN stimmte er dem Programm „Vernichtung durch Arbeit" zu. Später handelte er das Londoner Schuldenabkommen aus, das die Opfer des Nazi-Regimes bis heute um eine gerechte Entschädigung betrügt. BAYER und die gesamte deutsche Industrie verweigern so seit einem halben Jahrhundert ihren damaligen Zwangsarbeitern die Zahlung des ihnen zustehenden Lohnes. Von Otto Köhler

Ein Mann des Widerstands genannt zu werden - das widerstrebte Abs: „Mein Gefühl für die Verantwortung in einem Institut an verantwortlicher Seite - Vorstandsmitglied der DEUTSCHEN BANK - zu arbeiten, wo so viele fremde Interessen verankert waren, veranlaßte mich, besonders vorsichtig zu sein." Aber er liebte die Macht, weil sie Freiheit verschaffte: „Ja zu etwas zu sagen oder auch nein sagen zu können - jenes Symbol der Freiheit - verleiht ein gewisses Machtgefühl, das gebe ich zu."

Seit 1940 saß er im Aufsichtsrat der IG FARBEN (jenes Mörderkartells, das nach dem Krieg von den Alliierten in die Konzerne HOECHST, BASF und BAYER entflochten wurde, ho). Er wurde so Aufsichtsrat also auch über die INTERESSENGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ, die am 7. April 1941 mit dem neuen IG-BUNA-Werk an diesem Ort eröffnet wurde als ein „fester Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten". Die INTERESSENGEMEINSCHAFT AUSCHWITZ sah vor, daß die SS der IG die KZ-Häftlinge im Rahmen des Programms „Vernichtung durch Arbeit" zur Verfügung stellte, die nach Ermordung mit dem IG-Produkt Zyklon B von der SS fortgeschafft wurden. Als Abs zur Zwangsarbeit ja oder nein sagen konnte, sagte er ja. Im Aufsichtsrat der IG stimmte er am 30. Mai 1942 zu, daß der Arbeitskräftemangel durch verlängerte Arbeitszeit und den Einsatz von Frauen, Fremdarbeitern und Kriegsgefangenen ausgeglichen werden solle.

Josef Kardinal Frings, Adenauers geistlicher Berater, hatte 1950 den längst aus der Internierung entlassenen Abs zum Ritter vom heiligen Grab geschlagen. Im Jahr darauf ernannte der Kanzler den Bankier zum deutschen Verhandlungsführer bei der Londonder Schuldenkonferenz. Zugleich gab Adenauer zur Beruhigung der Bevölkerung eine Erklärung zur - wie er das nannte - „Judenfrage" ab: „Wiedergutmachung" ja, aber innerhalb der Grenzen, die „der deutschen Leistungsfähigkeit durch die bittere Notwendigkeit der Versorgung der zahllosen Kriegsopfer und der Fürsorge für die Flüchtlinge gezogen sind". Eine vorgesehene Formulierung über die Einschränkung durch die bittere Notwendigkeit der Wiederaufrüstung bewahrte Adenauer in seinem Herzen.

Die überlebenden Opfer aber im Osten, sie bekamen dank Abs überhaupt nichts.

Den Leiter der deutschen Verhandlungskommission mit Israel, den CDU-Parlamentarier Prof. Franz Böhm klagte Abs noch 1991 an: „Er verstand sich weniger als Leiter einer deutschen Delegation ..., sondern in erster Linie als der Anwalt israelischer Interessen." Als Böhm durch einen von Bonn lancierten Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung öffentlich desavouiert wurde, brachen die Israelis die Verhandlungen ab. Abs war das nicht unangenehm: „Das Interesse, zunächst die eigenen Ansprüche in London befriedigt zu sehen und von der Bundesrepublik einen angemessenen Verteidigungsbeitrag zu erhalten, überwog offensichtlich." Als es dann doch noch zur „Wiedergutmachung" für die Juden kam, wurde daraus, dank Abs, ein gutes Geschäft für die bundesdeutsche Industrie. Israel bekam vorwiegend Warenlieferungen aus deutscher Produktion.

Die überlebenden Opfer aber im Osten, sie bekamen dank Abs überhaupt nichts. Seit Adenauer verweigern alle Bundesregierungen unter Berufung auf den von Abs ausgehandelten Artikel 5 (2) NS-Opfern im Osten jegliche Entschädigungszahlung. Die deutsche Industrie (darunter insbesondere BAYER, ho), die seit einem halben Jahrhundert ihren damaligen Zwangsarbeitern die Zahlung des ihnen zustehenden Lohnes verweigert, darf sich, so entschied der Bundesgerichtshof, auf den Abs-Paragraphen berufen, weil durch ihn „nicht nur die Bundesrepublik als Staat, sondern auch Wirtschaft und Währung der Bundesrepublik geschützt werden sollten".

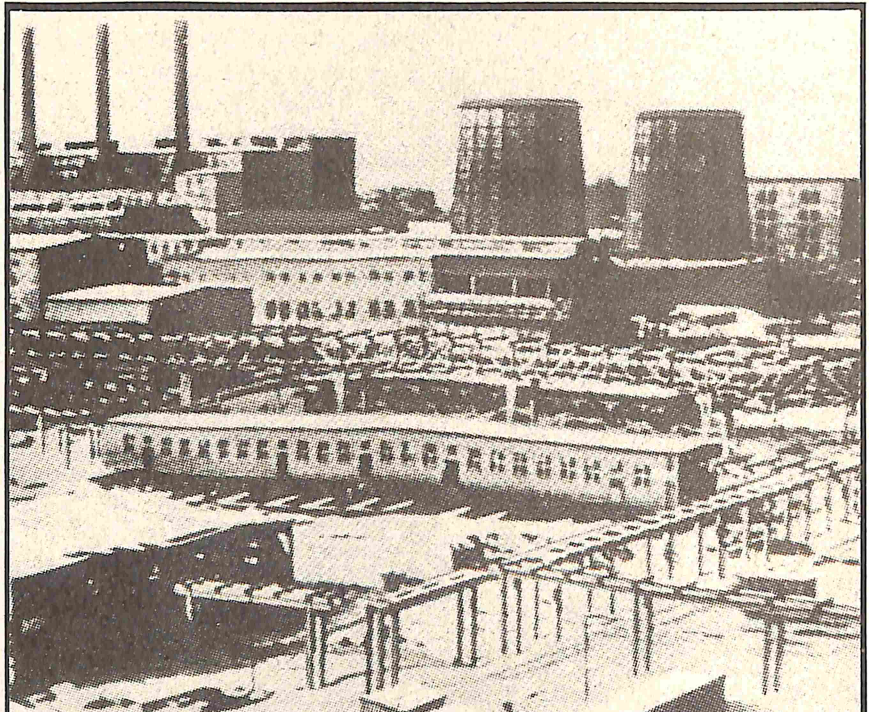
DOKUMENT

OMGUS-REPORT: BAYER AN UNTERSTÜTZUNG DES NS-STAATES AKTIV BETEILIGT

Das Büro der Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland (Office Of Military Government For Germany, United States, OMGUS) legte 1945 seinen Ermittlungsbericht gegen die IG FARBEN vor. Darin heißt es: „BAYER war an der Unterstützung und Umsetzung der Politik der Ideologie des NS-Staates aktiv beteiligt. Die folgenden, wenn auch unvollständigen Beispiele zeigen, daß man sich dort schon früh und in der Folgezeit nachhaltig für die NS-Ideologie einsetzte. Schon 1933 schickten die BAYER-Direktoren einen Rundbrief an die ausländischen Niederlassungen mit der Anordnung, 'die Ortsgruppen der NSDAP freundschaftlich zu unterstützen...'. So wurden schon sehr früh die Grundlagen für eine Politik gelegt, die später noch intensiviert werden sollte. In Werbekampagnen im Ausland, die aufgrund der Tatsache, daß viele BAYER-Produkte nicht rezeptpflichtig waren, beträchtliche Summen verschlangen, stellte man die Verbreitung der NS-Ideologie in den Vordergrund. Die Reklamemedien wurden sorgfältig ausgewählt. Im Februar 1938 faßte man bei BAYER den Beschluß: 'Inseration in deutschfeindlichen Blättern soll auf keinen Fall erfolgen; wirtschaftliche und propangadistische Erwägungen müssen dem übergeordneten politischen Gesichtspunkt gegenübergestellt werden.'

BAYER-Beschluß von 1938: "Inseration in deutschfeindlichen Blättern soll auf keinen Fall erfolgen; wirtschaftliche und propangadistische Erwägungen müssen dem übergeordneten politischen Gesichtspunkt gegenübergestellt werden."

Darüberhinaus wurde die Aussonderung von bis dahin immer noch vorhandenen 'nichtarischen' Mitarbeitern bis Januar 1939 abgeschlossen, so daß BAYER dem Büro des Kaufmännischen Ausschusses auf Anfrage mitteilten konnte, daß 'wir ... bei den ausländischen Verkaufsorganisationen keine nichtarischen Angestellten mehr beschäftigt haben, die im Geschäftsverhältnis zur IG stehen.'



IG FARBEN-Werke bei Auschwitz: "Vernichtung" sog. nichtarischer Menschen. BAYER teilte dem Büro des Kaufmännischen Ausschusses mit, daß 'wir ... bei den ausländischen Verkaufsorganisationen keine nichtarischen Angestellten mehr beschäftigt haben".

Die Verkaufsagenturen, die BAYER in aller Welt unterhielt, wurden dazu genutzt, Einrichtungen der deutschen Regierung und der Auslandsorganisation der NSDAP in neutralen Ländern mit Geldmitteln zu versorgen. Nach 1940 gelangten auf diese Weise insgesamt 9.600.000 Reichsmark in jeweiliger Landeswährung in die schwarzen Kassen der deutschen Botschaften und der NS-Auslandsorganisationen, und zwar hauptsächlich in Brasilien und Spanien. Diese Auslandszahlungen, ob freiwillig oder erzwungen, waren für die Reichsregierung beim Erwerb kriegswichtiger Güter und bei der Verbreitung ihrer Propaganda von allergrößtem Nutzem.

Ein Großteil der Umsatzsteigerung bei den BAYER-Produkten während des Krieges läßt sich durch eine steigende Nachfrage nach Pharmazeutika besonders für den militärischen Bedarf erklären. ... Es ist aufschlußreich, daß der Gesamtumsatz von BAYER, einschließlich der Fungizide und Insektizide, von 197 Millionen Reichsmark im Jahre 1939 auf 356 Millionen Reichsmark im Jahre 1943 stieg - ein Zuwachs von nahezu 90 % in fünf Kriegsjahren."

ZIELE ERREICHT

Die Militärregierung der Vereinigten Staaten für Deutschland hat 1945 einen Ermittlungsbericht gegen die IG Farben vorgelegt, in dem es u.a. heißt: „Ihren Nachkriegsplänen zufolge wollte die IG FARBEN letztlich die Herrschaft über die Chemieindustrie Europas gewinnen ..." Dies ist größtenteils gelungen: Die Nachfolgekonzerne BAYER, HOECHST und BASF sind tonangebend auf dem europäischen Chemiemarkt.

WEISSE WÄSCHE

KONZERNE LASSEN IHRE BRAUNE GESCHICHTE HISTORISCH UMDEUTEN

Die DEUTSCHE BANK und MANNESMANN wollen sich nach eigenem Bekunden nun endlich mit der Verstrickung ihrer Unternehmen in das blutige NS-Regime ernsthaft auseinandersetzen. Man habe, so heißt es, die bislang verschlossenen Archive namhaften Historikern geöffnet, auf daß sie die Wahrheit zutage fördern mögen. Herausgekommen ist eine Verharmlosung, die die führende Rolle der deutschen Industrie bei der Installierung des Hitler-Faschismus' leugnet. Die DEUTSCHE BANK und MANNESMANN werden vom BAYER-Konzern gelernt haben, der pünktlich zum 125-jährigen Firmenjubiläum einen „Meilensteine" genannten Wälzer präsentierte, der die bis dahin beharrlich totgeschwiegene braune Firmengeschichte nicht mehr ausspart. Doch der Umgang mit historischen Fakten ist alles andere als sorgfältig. Der von BAYER beauftragte Historiker hat sich alle Mühe gegeben, die blutigen Westen der Herren Duisberg und Co. reinzuwaschen. Von Otto Köhler

Auf der Buchmesse 1986 lernte ich ihn flüchtig kennen beim Verlagsempfang für Bernhard Sinkels IG-FARBEN-Film und -Buch „Väter und Söhne". Dr. Gottfried Plumpe, so hieß der Mann, hat inzwischen Karriere gemacht. Er ist „seit 1987 in der Konzernverwaltung eines Industrieunternehmens tätig" und hat sich 1988 an der Universität Bielefeld habilitiert. Das entnehme ich einem dicken Buch „Die IG-FARBEN INDUSTRIE AG: Wirtschaft, Technik und Politik 1904-1945".

Der Gegenstand seines Buches hängt mit der nicht namentlich genannten Konzernverwaltung, in der Plumpe tätig ist, zusammen: es ist der BAYER-Konzern, der wichtigste Vater der 1916 gegründeten IG-FARBEN und heute nach ihrer erzwungenen Auflösung ihr stärkster Sohn. Ein solcher Zusammenhang zwischen dem Werk, das der Autor schreibt, und dem Werk, in dem er verdient, mag in der Buchproduktion nicht ungewöhnlich sein. Bei der Produktion von habilitierten Wissenschaftlern, künftigen Professoren also mit anerkannter Lehrbefähigung, sollte es da allerdings einen Unterschied geben. Unbefangenes wisschenschaftliches Urteil ist dort nicht mehr möglich, wo es in die vom Untersuchungsgegenstand geführte eigene Personalakte eingehen kann. Doch die knappe Mehrheit von Bielefelder Historikern, die Plumpe aufgrund des vorliegendes Buches großzügig die venia legendis erteilte, sieht das offensichtlich anders.

Immerhin, Plumpes Habilitationsschrift ist für seine Firma ein wertvolles Produkt der Öffentlichkeitsarbeit. Mit einem Riesenaufwand an Belegen aus den ihm frei zur Verfügung stehenden Werksarchiven leitet er die Fülle der Quellen mit beachtlicher Geschicklichkeit in eine Weißwäscherei. Geschicklichkeit aber nennt man im Lateinischen Habilitas - warum also sollte man, mögen die Bielefelder Historiker gedacht haben, diese Habilitas nicht habilitieren.

Immerhin, daß die IG durch ihr nie vollendetes BUNA-Werk in Auschwitz in eine „fatale Nähe zu den ehemaligen Verbrechen des Dritten Reiches" geraten sei, räumt Plumpe ein. Aber er behauptet: „Daß die IG ihre Standortentscheidung von der Frage des Häftlingseinsatzes abhängig gemacht hat, geht aus den Quellen nicht hervor." Geht man von der Chronologie der Ereignisse aus, schreibt Plumpe, „dann war die IG-Entscheidung für Auschwitz spätestens Anfang 1941 gefallen; der Einsatz von Häftlingen wurde definitiv am 18. 2. 1941 von Göring befohlen." Man könne, konsidiert Plumpe großzügig, „selbstverständlich vermuten", daß Karl Krauch Göring aufgefordert habe, „Himmler die zur Verfügungsstellung von Häftlingen zu befehlen" - das ehemalige IG-Vorstandsmitglied (bis 1940) Krauch war damals in einer privatstaatszwangswirtschaftlichen Dreifach-Funktion zugleichs Aufsichtsratvorsitzender der IG FARBEN, Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung in Görings Vierjahresplanbehörde und Präsident des Reichsamtes für den Wirtschaftsausbau. Aber, so Plumpe, Krauch habe „dies bestritten" - nämlich die Anforderung von KZ-Häftlingen, und es gäbe „keine gegenlautenden Aussagen oder Dokumente".

Das gegenlautende Dokument - einen Brief Krauchs an seinen IG-Vorstands-Kollegen Otto Ambros vom 4. März 1941 - erwähnt Plumpe selbst, hütet sich aber mit großer Umsicht, den entscheidenden Satzanfang zu zitieren. Plumpe-Version: „Auf Görings Befehl traf Himmler eine entsprechende Anordnung ..." an die SS, nämlich - und hier zitiert Plumpe aus dem Dokument: „ '... sofort mit dem Bauleiter der BUNA-Werkes in Verbindung zu treten und

das Bauvorhaben durch die Gefangenen aus dem Konzentrationslager in jedem nur möglichen Umfang zu unterstützen.'" Das ist sehr sorgfältig und mit großer Präzision von den ersten drei Worten des Krauch-Briefes abgetrennt, die alles besagen und darum von Plumpe unterschlagen werden: „Auf meinen Antrag", so beginnt Krauch, „und auf Weisung des Herrn Reichsmarschalls hat der Reichsführer SS unter dem 26. Februar d. J. folgendes angeordnet ..."

FORDERUNG

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die Öffnung der Werksarchive für alle interessierten Menschen, damit die Verstrickung des BAYER-Konzerns mit den Verbrechen des Hitler-Faschismus' fünfzig Jahre nach Kriegsende endlich lückenlos aufgearbeitet werden kann.

Krauch hat auf der Anklagebank in Nürnberg alles, was seine Verantwortung für Auschwitz, ja auch nur seine Kenntnis von den Zuständen auf der IG-Baustelle bezeugen könnte, heftig bestritten. Plumpe glaubt ihm und anderen IG-Zeugen, denn: „diese Aussagen, vor allem die von Krauch selbst, ist (sic) von der Anklage im Kreuzverhör nicht bestritten oder widerlegt worden." Nur ein einziges Mal, das mußte Krauch in seinen Aussagen notgedrungen zugeben, war er in Auschwitz gewesen. Doch er fand dort alles in bester Ordnung.

Nun, es gibt endlich - aber mit soviel Pech mußte Plumpe beim Schreiben seines Buches nicht rechnen - die deutsche Taschenbuchausgabe des internationalen Standardwerkes (im Original bereits vor 30 Jahren erschienen), das sich eingehend auch mit den IG FARBEN beschäftigt und das der Mann mit der Bielefelder Lehrbefähigung in seinem Literaturverzeichnis nicht kennt: „Die Vernichtung der europäischen Juden" von Raul Hilberg. Und dort kann man seit 30 Jahren dies nachlesen: „Wie sehr die SS-Mentalität selbst von IG FARBEN-Direktoren Besitz ergriff, veranschaulicht folgende Geschichte. Eines Tages begaben sich zwei BUNA-Häftlinge, Dr. Raymond van den Straaten und Dr. Fritz Löhner-Beda an ihre Arbeit, als eine aus IG FARBEN-Größen bestehende Besuchergruppe des Weges kam. Einer der Direktoren wies auf Dr. Löhner-Beda und sagte zu seinem SS-Begleiter 'Diese Judensau könnte auch rascher arbeiten.' Darauf bemerkte ein anderer IG-Direktor: 'Wenn die nicht mehr arbeiten können, sollen sie in der Gaskammer verrecken.' Nachdem die Inspektion vorbei war, wurde Dr. Löhner-Beda aus dem Arbeitskommando geholt und mit Füßen getreten, sodaß er als Sterbender zu seinem Lagerfreund zurückkam und sein Leben in der IG-Fabrik Auschwitz beendete."

Wer von den IG-Herren den morddienlichen Hinweis an die SS gab, konnte der überlebende Dr. van der Straaten bei seiner Aussage im Juli 1947 nicht mehr bestimmen. Er wußte aber, daß er fünf IG-Besucher gesehen hatte: Dürrfeld, Ambros, Bütefisch, ter Meer (von BAYER) - und Krauch.

In seiner für Plumpe vertrauenswürdigen Aussage über seinen einzigen Besuch der IG-Fabrik Auschwitz im Sommer 1943 gibt Krauch an, daß sie zu mehreren das Gelände besichtigten - er nennt die Namen Dürrfeld und Ambros. Ihm sei es, erzählt Krauch den Richtern, bei seinem Besuch darauf angekommen, zu prüfen, wie die KZ-Häftlinge arbeiten und wie sie behandelt werden. Krauch vor Gericht: „Der Eindruch, den ich gewann, war absolut einwandfrei, es war ein guter Eindruck." Die KZ-Häftlinge seien an ihrer Arbeit sehr interessiert gewesen: „Sie sahen gut genährt aus und waren anständig gekleidet." Krauch erinnerte sich auch an einen kleinen Zwischenfall. Ein junger Häftling sei ihnen gefolgt - „offensichtlich wollte er hören, was wir diskutierten". Darauf habe sich ihm ein Mann genähert, ein Kapo, wie er später erfahren habe, der den Häftling tadelte und ihm - wahrscheinlich - einen Verweis erteilte. Darauf sei der Häftling lachend zu seiner Arbeit zurückgekehrt. Krauch: „Das machte auf mich den Eindruck, daß er den Tadel des Kapo nicht sehr ernst nahm." Und: „Der Eindruck, den ich mitnahm, war absolut gut."

Man kann derartige Aussagen vor Gericht ernstnehmen, wenn man auf den Kopf gefallen ist oder gefallen sein will. Man muß es auch, wenn man bei BAYER im Archiv angestellt ist. Solches sacrificium intellectus aber zu habilitieren, es mit dem Nachweis der Lehrbefähigung zu prämieren, den Einfall hatte die Universität Bielefeld. Aber sie liegt nicht weit weg von Leverkusen.


"Massenexekution" durch die SS

SIEG IN NIEDERLAGE

KEINE RÜCKÜBERTRAGUNG AN IG FARBEN & CO

(jw) Als Folge des zweiten Weltkrieges wurde die IG FARBEN von den Siegermächten formal entflochten. Um die Ansprüche der Opfer des Naziregimes zu regeln, entstand die IG FARBEN IN ABWICKLUNG (i. A.), die sich nach getaner Arbeit, so die Zielsetzung, selbst auflösen sollte. Doch von Auflösung ist bis heute keine Rede. Immer noch werden die Aktien dieser unrühmlichen Gesellschaft, deren Nennwert bezeichnenderweise in Reichsmark angegeben wird, an der Börse gehandelt. Und: Statt die Opfer zu entschädigen, hat sich die Unternehmsleitung daran gemacht, alten FARBEN-Besitz in aller Welt mit findigen Advokaten einzuklagen. Nach der Abwicklung der DDR sah man auch dort endlich die historische Chance, alten Grundbesitz wieder einzutreiben. Diesem Ansinnen wenigstens hat das Bundesverwaltungsgericht einen Riegel vorgeschoben. Von Fritz Fischer

Das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat am 13. Februar 1995 entschieden: Enteignete Vermögenswerte im früheren sowjetischen Sektor von Berlin nach Maßgabe der sogenannten Liste 3 sind grundsätzlich nicht an Alteigentümer zurückzugeben. Mit seinem Urteil schloß der siebte Senat unter Vorsitz des Gerichtspräsidenten Dr. Franßen einen Rechtsstreit in letzter Instanz ab, der die Gemüter im In- und Ausland heftig erregt hat.



Viel war im Vorfeld spekuliert worden. Über Varianten von einer teilweisen bis zur vollständigen Rückübertragung der Vermögenswerte an Kriegsverbrecher-Nachfolger wurde in den Medien gemutmaßt. Auch war nicht unbedingt vorauszusehen, daß eine inhaltliche Bewertung des Sachverhaltes an Priorität vor einer strikt formalen Sicht erhalten würde.

In der Urteilsbegründung fallen zwei Linienführungen deutlich auf. So wird als entscheidend für eine rechtswirksame Enteignung angesehen, daß das vom Ost-Berliner Magistrat beschlossene „Einziehungsgesetz" vom 8. Februar 1949 auf der Grundlage von Besatzungsrecht und Besatzungswille erfolgt sei. Obwohl formell nicht mehr unter sowjetischer Verwaltung, knüpfte die Vermögenseinziehung doch an den Befehl Nr. 124 der sowjetischen Militär-Administration vom 30. 10. 1945 an. Der sowjetische Stadtkommandant Kotikow habe am 9. Februar 1945 das Einziehungsgesetz und den dazugehörigen Durchführungsbeschluß bestätigt, fanden die obersten Verwaltungsrichter.

Von der Sowjetunion in den Jahren 1945 bis 1949 in Ostdeutschland vollzogene Maßnahmen basierten auf dem Potsdamer Abkommen. Eine nachträgliche Feststellung, daß diese Maßnahmen illegal gewesen seien, wurde durch die sowjetische Seite ausgeschlossen. Darauf bezog sich der vorsitzende Richter ausdrücklich.

Wie im Vorfeld der Urteilsverkündung hatten sich bereits zahlreiche AntifaschistInnen vor dem Gerichtsgebäude versammelt. Mit Plakaten und Informationszetteln wandten sie sich gegen den Legalitätsanspruch des Kriegsverbrecherkonzerns IG FARBEN. Auch im Gerichtssaal skandierten sie: „IG AUSCHWITZ hier und heute, die Mörder wollen ihre Beute!" BeobachterInnen der Urteilsverkündung empfanden es als Zumutung, daß trotz geringer Aussichten auf juristischen Erfolg die IG FARBEN-Aktie ständig gestiegen war. Mit dem Legalitätsanspruch hätten die Nachlaßverwalter des Kriegsverbrecher-Konzerns einen politischen Erfolg erzielt. Eigentlicher Skandal sei, das die IG FARBEN überhaupt Ansprüche erheben, erklärte ein Sprecher der Demonstranten.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert: Sofortige Auflösung der IG FARBEN I. A.! Entschädigung der Opfer und deren Hinterbliebenen.

KOMMENTAR:

DEUTSCHE NORMALITÄT

(jw) Die Nachfolger der IG FARBEN bekommen „ihre" Ost-Grundstücke im Wert von 40 Milliarden DM nicht zurück. Grund zum Jubel? Antifaschismus in der deutschen Justiz? Natürlich wäre es ein folgenschwerer Schritt zur Wiedervereinigung mit der Nazi-Vergangenheit gewesen, wenn die Profiteure der KZ-Sklavenarbeit Recht bekommen hätten. Dennoch: Auf grundsätzlich politischer Ebene sagt niemand mehr etwas gegen die die Renaissance des KZ-Trusts. Daß die IG FARBEN-Nachfolger öffentlich auftreten und das Blutgeld ihrer Vorgänger einklagen - das ist deutsche Normalität geworden. Tjark Kunstreich

HINTERGRUND:

WERTVOLLE ZYKLON-B-AKTIEN?

In den Tresoren des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen lagern 26 Millionen deutsche Wertpapiere aus der Zeit vor 1945. Jene Aktien, die von Gesellschaften mit Sitz in Westdeutschland stammen, sind unter die Wertpapierbereinigung von 1949 gefallen und durch neue ersetzt worden. Das Eigentum der IG FARBEN-Nachfolger BASF, BAYER und HOECHST blieb trotz der verlorenen Krieges weitgehend erhalten. In der DDR wurden die Produktionsstätten des Blutkartells enteignet. Durch den Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland stehen sie nun wieder zur Disposition. Wie der Leiter des Bundesamtes zur Regelung offener Vermögensfragen, Hansjürgen Schäfer mitteilte, können aus den alten Wertpapieren unter bestimmten Voraussetzungen durchaus noch Rechte abgeleitet werden. Dann nämlich, wenn „eine entschädigungslose Enteignung auf besatzungsrechtlicher Grundlage" vorliegt. Unter bestimmten Voraussetzungen also können heute, in dieser vereinigten Republik, wieder Werte reaktiviert werden, die durch Zwangsarbeit, Massenmord und ZYKLON B „erwirtschaft" wurden. Hubert Ostendorf

"Dieser Mann sollte abgeschlachtet werden"

KZ-Überlebender klagt gegen deutsche Firmen

Während der 8. Mai von der Welt als Tag der Befreiung begangen wurde, warten ehemalige ZwangsarbeiterInnen des IG FARBEN-Trusts noch immer auf Wiedergutmachung. Bis heute nämlich weigern sich BAYER, HOECHST und BASF sowie andere Nachfolger des Unrechtkartells Entschädigungszahlungen zu leisten. In den USA sprach das Washingtoner Appellationsgericht nun einem Überlebenden des Grauens das Recht zu, gegen die deutschen Konzerne klagen zu können. Dies obwohl die Bundesrepublik Deutschland auf höchster Ebene versucht hat, die Anklage zu verhindern. Die Zulassung der Klage dürfte nicht nur Rechtsgeschichte schreiben, sondern attestiert gleichzeitig höchstrichterlich, was BAYER & Co. stets bestreiten: Sie haben den unheiligen Zusammenschluß der „Interessengemeinschaft Farben" aktiv betrieben und sind deren Rechtsnachfolger. Von Axel Köhler-Schnura

BAYER-Vorstandschef Dr. Manfred Schneider ist sauer. Kritiker seines Unternehmens haben ein Thema auf die Tagesordnung gebracht, „das nicht auf diese Hauptversammlung", abgehalten am 26. April 1995 in den Kölner Messehallen, „gehört". Denn, so Schneider, das Thema wurde lediglich gewählt, jenen Konzern, der „deutscher Meister im Geldverdienen" ist, „zu verunglimpfen". Und weil die Behandlung des unliebsamen Themas eben „unwürdig" sei, wurden jene Kritiker, die sich partout nicht damit abfinden wollten, daß der Aufsichtsratsvorsitzende Hermann Josef Strenger ihnen das Mikrofon abstellte, kurzerhand vom Werkschutz gewaltsam aus dem Saal entfernt.

Was auf der Hauptversammlung kein Gehör fand, ist auch sonst striktes Tabu für das Chemie-Unternehmen: Die Entschädigung von Opfern des durch den damaligen BAYER-Generaldirektor Carl Duisberg geschmiedeten IG FARBEN-Kartells. In einem konzerneigenen KZ, an das KZ Auschwitz angeschlossen, sind bis zu 370.000 Menschen zu Tode gekommen, „vernichtet durch Arbeit", wie es in der damaligen Sprache hieß. Mehr als die Hälfte aller Belegschaften im IG FARBEN-Konzern waren ZwangsarbeiterInnen, wie die werkseigene Zeitschrift seinerzeit verkündete.

Nur wenige überlebten das Grauen. Einer von ihnen ist der US-Bürger Hugo Princz, der Anfang März nach über 10jähriger Anstrengung beim Washingtoner Appellationsgericht erreicht hat, daß er heute, 50 Jahre nach Kriegsende, vor dem Bezirksgericht im District Columbia gegen die Nachfolger seiner ehemaligen Peiniger auf Schadensersatz klagen darf. Die Klage richtet sich nicht etwa gegen Tochterfirmen in den USA, sondern gegen die Konzerzentralen von BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER in Leverkusen, Frankfurt (Main), Ludwigshafen und Stuttgart selbst. Zwar streitet BAYER-Chef Schneider vehement ab, daß sein Unternehmen zusammen mit den Schwestern aus braunen Tagen, BASF und HOECHST, Rechtsnachfolger der IG FARBEN sei. Dennoch: Die Washingtoner Richter haben, basierend auf den historischen Tatsachen, gegenteilig geurteilt und die Klage zugelassen. Wenn der Prozeß in einigen Wochen eröffnet werden sollte, werden Vertreter der Rechtsnachfolger der IG FARBEN sowie des Flugzeugbauers MESSERSCHMITT (heute DAIMLER), für den Princz ebenfalls Sklavendienst verrichten mußte, aus Deutschland vor ein US-amerikanisches Gericht zitiert. Dies ist einmalig in der Nachkriegszeit und wird, unabhängig vom Ausgang des Verfahrens, Rechtsgeschichte machen.

Der US-Staatsbürger Hugo Princz lebte beim Ausbruch des zweiten Weltkrieges zusammen mit seinen Eltern sowie zwei Brüdern und drei Schwestern in der Slowakei. 1942 wurde die Familie nach der formellen Kriegserklärung zwischen Hitler-Deutschland und den Vereinigten Staaten von der SS verhaftet. Die deutsche Regierung unterließ es, die Familie Princz über das Rote Kreuz gegen deutsche Gefangene auszutauschen und verschleppten sie stattdessen ins KZ Majdanek. Begründung: „Euch Juden wollen nicht einmal die Amerikaner zurück."

Die Eltern und eine Schwester von Hugo Princz starben einen Monat später im „Vernichtungslager" Treblinka, Hugo Princz und seine anderen Geschwister kamen nach Auschwitz und Birkenau. Dort mußten sie Zwangsarbeit für die IG FARBEN leisten. „Auschwitz und Birkenau gehörten der IG FARBEN", die die Stätten des Grauens „mit privaten Mitteln gebaut hatte", heißt es in der Anklageschrift, die der COOORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vorliegt.

Während Hugo Princz die Hölle von Auschwitz überlebte und zu „Aufräumarbeiten" ins Warschauer Ghetto „verlegt" wurde, sind seine beiden Brüder an den Folgen der Versklavung gestorben. Nach einem Arbeitsunfall ließen die IG FARBEN sie im „Lazarett" des Konzentrationslagers elendig verhungern. Hugo Princz wurde gezwungen mit anzusehen, wie seine beiden Brüder zu Tode kamen.

Noch kurz vor Kriegsende wurde Princz nach Dachau verlegt. Dort mußte er erneut Zwangsarbeit leisten. Diesmal für den Flugzeugbauer MESSERSCHMITT, dessen Rechtsnachfolger der heutige DAIMLER-Konzern, ebenfalls auf

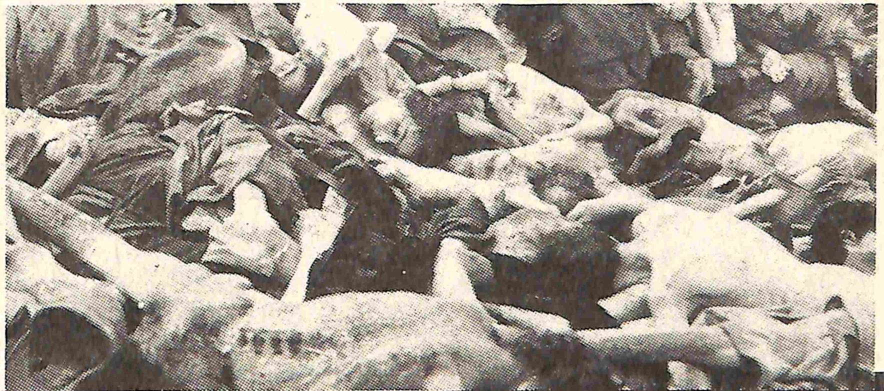
Entschädigung verklagt werden soll.

Seit seiner Befreiung bemühte sich Princz um Wiedergutmachung. Weil er jedoch weder innerhalb der deutschen Grenzen von 1937 gelebt hatte, noch durch ein Gefangenenaustauschlager gegangen war, wurden ihm Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz verweigert. Dies teilte man ihm 1955 per Bescheid mit.

Princz unternahm daraufhin vielfältige Versuche, einen Ausgleich für die erlittenen Schäden zu erreichen. Er wandte sich zunächst mit höchst bescheidenen Bitten an die deutsche Bundesregierung, die ihn jedoch in demütigender Weise immer wieder abgewiesen hatte. 1994 bemühte sich Princz mit Unterstützung eines Senators namens Bradley, eine Wiedergutmachung von der deutschen Regierung zu erhalten. Senator Bradley gewann daraufhin die Unterstützung des amerikanischen Außenministeriums, das von der deutschen Regierung förmlich davon in Kenntnis gesetzt wurde, daß Princz zu keiner von der Regierung geförderten Wiedergutmachung berechtigt sei. Das US-Außenministerium bemühte sich schließlich um eine Sonderregelung (Ex-Gratia-Zahlung). Die deutsche Bundesregierung jedoch zeigte sich unbarmherzig. 1986 ersuchte Princz über die deutsche Botschaft in den USA das deutsche Außenministerium, einen Antrag an den Bundestag in Bonn einzubringen. Der Außenminister jedoch weigerte sich, den VolksvertreterInnen dieses Gesuch überhaupt zur Kenntnis zu bringen. Dabei hatte sich selbst der amerikanische Präsident in Gesprächen mit Repräsentanten Deutschlands immer wieder für Hugo Princz eingesetzt. Erfolgslos.

Erst nach all diesen frustierenden Versuchen bemühte Princz die Gerichte. 1992 verklagte er Deutschland vor dem Washingtoner Bundesgericht auf Zahlung von 17 Millionen Dollar, worauf Bonn mit einem Entschädigungsangebot von einmalig 4.500 Dollar sowie einer Monatsrente von 450 Dollar reagierte. „Eine lächerliche Summe", ereifert sich Princz-Anwalt William Marks, „eine Beleidigung". Die Klage gegen Deutschland wurde abgewiesen und Princz auf die Möglichkeit einer Klage gegen die „Rechtsnachfolger" BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER verwiesen. Dieser Möglichkeit wurde Ende 1994 stattgegeben: „Dieser Mann sollte damals abgeschlachtet und zu Lampenschirmen verarbeitet werden", hält der oberste Richter des US-amerikanischen Appelationsgerichtes Stanley Sporkin dem Verteidiger der Bundesrepublik, Peter Heidenberger, der die Anklage verhindern wollte, entgegen. Princz habe einen Anspruch darauf, „Gerechtigkeit vor einem Gericht des eigenen Landes zu suchen".

In allerhöchster Not wurde nun von der deutschen Seite jedes diplomatische Taktgefühl über Bord geworfen, um in einem letzten verzweifelten Versuch unter Verletzung aller zwischenstaatlich gebotenen Gepflogenheiten die Konzerne vor einer Anklage zu bewahren. Deutschland verstieg sich zu dem anmaßenden Verlangen, daß einer der Richter, nämlich jener Stanley Sporkin, der sich so vehement für die Interessen des Hugo Princz eingesetzt hatte, wegen „Befangenheit entlassen werden" müsse. Dies stellte nicht nur einen Eingriff in die Hoheit des Gerichts dar, sondern einen politischen Mißgriff mit großer Tragweite. Das Gericht befaßte sich mit diesem Antrag und stellte sich im Februar 1995 mit 3:0 Stimmen hinter Sporkin und bekräftigte erneut die Abweisung Deutschlands als zu Beklagende.



Werk der IG FARBEN: "Vernichtung durch Arbeit"

Was nun geschah, macht einmal mehr deutlich, wessen Interessen ein deutscher Kanzler zu vertreten hat: Die Tatsache als „Nachfolgefirmen" des IG FARBEN-Konzerns vor Gericht gestellt zu werden, löste bei BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER offensichtlich hektische Betriebsamkeit aus. Anders ist die Tatsache, daß Helmut Kohl persönlich intervenierte, nicht zu erklären. Der Kanzler habe, so ein Informant gegenüber STICHWORT BAYER, verlangt, die Klage nun doch gegen den Staat Deutschland zu führen. Dies, obwohl das Washingtoner Appellationsgericht diese Möglichkeit ausdrücklich verworfen hatte. Dennoch: Im Januar 1995 befaßte sich also das Appellationsgericht ein weiteres Mal mit dem außergewöhnlichen Begehren der deutschen Regierung. Und wieder gelangte es mit 2:1 Stimmen zu der Ansicht, daß Deutschland nicht beklagt werden könne, daß die gerichtliche Auseinandersetzung sich vielmehr gegen die „Nachfolger" BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER richten müsse.

Indes: „Solange Deutschland nicht freiwillig für eine Entschädigung sorgt, werden wir mit aller Entschlossenheit ein Verfahren gegen die Unternehmen (BAYER, HOECHST, BASF und DAIMLER) verfolgen", stellt Princz-Anwalt William Marks nach den ungeheuerlichen Vorgängen gegenüber der US-amerikanischen Öffentlichkeit klar. Und das wird auch nötig sein. Freiwillig werden die Konzerne nicht einen Pfennig zahlen. BAYER-Chef Manfred Schneider weigerte sich noch am 26. April 1995 auf der Hauptversammlung seines Konzerns in aller Deutlichkeit, ehemalige ZwangsarbeiterInnen zu entschädigen. Bleibt nunmehr abzuwarten, ob der 72jährige Auschwitz-Überlebende Hugo Princz den Ausgang des Prozesses noch erleben wird. Es wäre ihm, der so viel durchgemacht hat, zu wünschen.

EHRE DEM GIFTGAS-ERFINDER

UNI BONN BLEIBT BEI EHRENTITEL FÜR GERHARD SCHRADER

Am 19. Dezember 1936 wurde Thomas Mann die Ehrendoktorwürde der Universität Bonn, die sie ihm 1919 verliehen hatte, aberkannt. Fünf Tage später hatte der 33jährige IG FARBEN-Chemiker Gerhard Schrader im BAYER-Labor zu Wuppertal das Nervengift TABUN gefunden. 1939 fand er, was mehr als doppelt so wirksam war wie TABUN. Man nannte den leicht einsetzbaren Kampfstoff SARIN zu Ehren seines Entdeckers und seines Teams: S wie Schrader, A wie Ambros, der IG-Giftgasdirektor, der zwei Jahre später auch die IG Auschwitz als „festen Eckpfeiler für ein gesundes Deutschtum im Osten" begründete. Und so fort.

„Die chemische Waffe ist auch vom Standpunkt ihrer Anwendung die typisch deutsche Waffe, da sie der besonderen naturwissenschaftlich-technischen Begabung der Deutschen entspricht." So rühmte am 21. Juli 1938 Schraders Arbeitgeber Carl Krauch, Vorstandsmitglied der IG FARBEN und Generalbevollmächtigter für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, den Erfindergeist seiner Angestellten.

Offiziell beschäftigte sich Schrader seit 1934 mit dem, was man auch damals schon Pflanzenschutz nannte. Die hochgiftigen Nervenkampfstoffe wie TABUN und SARIN sind chemisch sehr ähnlich aufgebaut wie Insektizide. 1944 entdeckte Schrader den Grundstoff für E 605.

1959 wurde Gerhard Schrader von der Universität Bonn die Ehrendoktorwürde verliehen. Der Lebensmitteltechnologe Professor Benno Kunz, heute Dekan der Fakultät, die Schrader den Titel verlieh, bestreitet, daß Schrader Kampfstoffe erfunden hatte, und wenn, dann hatte er es nicht gewollt, und die Universität wußte erst recht nichts. Kunz wörtlich: „Also es ist keine Waffenentwicklung, keine Nervengasentwicklung in der Intention der Anwendung für die Menschen." Und wenn wissenschaftliche Erkenntnis mißbräuchlich verwendet werde, dann könne man nicht posthum alle Wissenschaftler dafür bestrafen. Und: „Weil es so kompliziert ist, bleibt dem SARIN-Erfinder die Ehre." Dekan Kunz: „Ich habe aufgrund der mir zugänglichen Akten keine Veranlassung, das in die Fakultätssitzung zur Beratung zu bringen. Das ist eine Entscheidung der Fakultät 1959 gewesen. Es gibt keine schwerwiegenden Gründe, Herrn Schrader nachträglich und posthum den Ehrendoktor abzuerkennen."

Zuvor schon sagte die Pressesprecherin Dorothea Carr zur Aberkennung der Ehrendoktorwürde für Thomas Mann durch die Universität Bonn: „Das ist aber auch der einzige Fall und das ist wirklich auch ein spezieller Fall während des Naziregimes."

Also könnte das nicht mehr passieren?

„Ja", meinte sie, „da müßten ganz andere Begründungen kommen." Otto Köhler

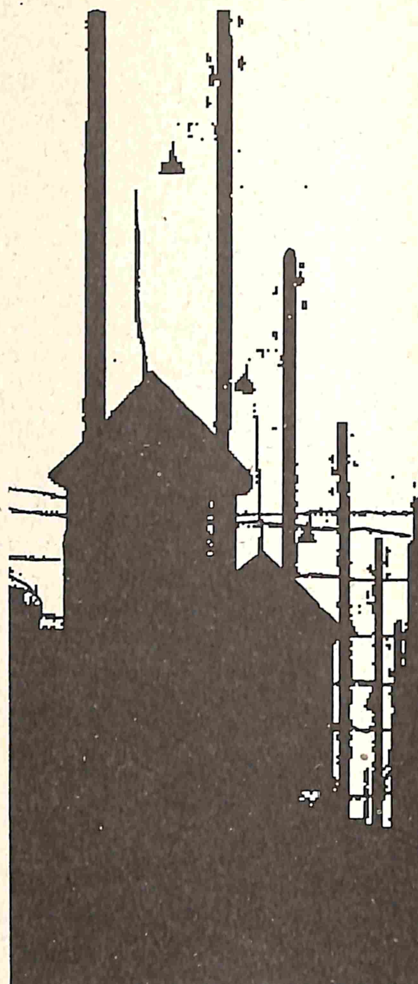
HINTERGRUND:

BAYER: FREUNDE DER UNI BONN

(ho) Die Verleihung der Ehrendoktorwürde durch die Universität Bonn an den Erfinder des Giftgases, den (mittlerweile verstorbenen) BAYER-Forscher Gerhard Schrader im Jahr 1959 ist nicht verwunderlich. Ebenso wenig die Weigerung, den Titel wieder abzuerkennen. Die Hochschule steht seit jeher in enger Beziehung zum Leverkusener Chemiemulti. Schon der ehemalige Generaldirektor Carl Duisberg studierte in Bonn. Eine „Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn" wird vom BAYER-Vorstandsmitglied Prof. Karl Heinz Büchel angeführt. Ehrenpräsident ist der Ex-Vorstands- und -Aufsichtsratsvorsitzende Prof. Herbert Grünewald.

FORDERUNG

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN fordert die sofortige Aberkennung des Ehrendoktortitels für den Giftgaserfinder Gerhard Schrader durch die Universität Bonn.



FRITZ TER MEER

Fritz ter Meer (1884-1967) war von 1926 bis 1945 Mitglied im IG FARBEN-Vorstand und oberster Verantwortlicher für Planung und Bau des BUNA-Werks in Auschwitz. Als NSDAP-Mitglied wurde er Wehrwirtschaftsführer und 1943 Generalbevollmächtigter des Reichsministers für Rüstung in Italien.

Nach dem Krieg wurde er wegen Plünderung und Versklavung zu 7 Jahren Haft verurteilt, von denen er aber nur 4 Jahre absitzen mußte. Sein Kommentar zu den in seinem Namen verübten Verbrechen: „Den Häftlingen ist dadurch kein besonderes Leid zugefügt worden, da man sie ohnedies getötet hätte".

Bereits 1955 wurde er wieder Mitglied des Aufsichtsrats bei BAYER, schon ein Jahr später wurde er dessen Vorsitzender und blieb es bis 1964.

ANHANG/DOKUMENTE

REDE MIT GEWALT VERHINDERT

WERKSCHUTZ ENTFERNT KRITIKER VOM MIKROFON

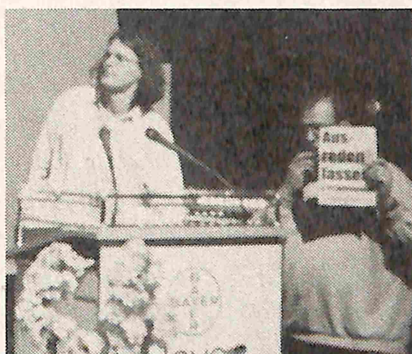
Anläßlich der BAYER-Hauptversammlung am 26.04.1995 wollten KritikerInnen an das millionenfache Leid von ZwangsarbeiterInnen in der Hölle der IG FARBEN-KZs in Monowitz (bei Auschwitz) erinnern. Doch der Werkschutz verhinderte den Vortrag der unbequemen Wahrheit mit brachialer Gewalt.

Die Rede von Axel Köhler-Schnura (COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, CBG) wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Josef Strenger immer wieder unterbrochen. Schließlich wurde ihm gänzlich das Mikrofon abgestellt. Er durfte nicht mehr weiterreden. Die KritikerInnen forderten lautstark und auf Handzetteln: „Ausreden lassen!" und beriefen sich auf das Aktiengesetz, das Rede- und Stimmrecht garantiert. Axel Köhler-Schnura blieb am Rednerpult stehen und wartete noch immer darauf, daß sein Mikrofon wieder freigeschaltet wird. Stattdessen wurde der nächste Redner aufgerufen, der vom zweiten Pult aus sprach. Schließlich sollte Philipp Mimkes, Geschäftsführer der CBG, mit seinem Vortrag beginnen. Er bestieg das zweite Rednerpult, Axel Köhler-Schnura stand noch immer - mit seinem hochgehaltenen Handzettel still protestierend - am ersten Pult. Die anderen KritikerInnen hatten sich mittlerweile schützend um die beiden Redner gestellt und Philipp Mimkes verkündete, er werde nicht eher reden, bis Köhler-Schnura seinen Beitrag zu Ende gebracht hätte. Unterdessen zogen immer mehr uniformierte Werkschützer auf, die im Halbkreis die Ausgänge abriegelten. Als dann noch ein Aktionär mit einem vorgeschobenen „Antrag zur Geschäftsordnung" über ein Handmikrofon das Wort an sich riß und Herrn Strenger aufforderte, dem Treiben ein Ende zu setzen, gab er den Räumungsbefehl. Blitzschnell umzingelten einige Dutzend Werkschützer die Rednerpulte unt trugen Köhler-Schnura und Hubert Ostendorf mit Gewaltanwendung aus dem Saal. Ostendorf wurde dabei der linke Arm derart brutal verdreht, daß er den Saal mit einem schmerzerfüllten Hilferuf erschreckte. Köhler-Schnura wurde vor den Toren der Messehalle der Polizei übergeben, die ihn wieder laufen ließ. Die beiden KritikerInnen und der zu Hilfe geeilte Kollege Marc Pletzer wurden mit Hausverbot belegt und konnten dem weiteren Verlauf der Versammlung nicht mehr folgen.

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise die Rede, die nicht gehalten werden durfte.

Axel Köhler Schnura (CBG): Guten Tag meine Damen und Herren, vor 50 Jahren ging der Zweite Weltkrieg zuende. ... Die Industrie und die Banken waren nicht nur daran beteiligt, sondern sie haben sogar vorbereitet, geplant, ermöglicht, unterstützt und finanziert. Und, meine Damen und Herren, Sie wissen es, auch BAYER spielte eine Rolle. Eine besondere Rolle, die dem Konzern einen schrecklichen, nie wieder auslöschbaren Ruf einbrachte. Der damalige Firmenchef Carl Duisberg installierte in Deutschland das nach ihm benannte „System Duisberg", zu dem er sich nach eigenen Angaben bei seinen Auslandsreisen in die USA hat inspirieren lassen. Duisberg forderte - ich zietiere - den „starken Mann", dem das deutsche Volk auf „bedingungslos" folgen müsse. Etwa von dieser Zeit an floßen die Spenden für Hitler. Die mittlerweile von Duisberg durchgesetzte IG FARBEN, der Bund zwischen BAYER, BASF, HOECHST und einigen anderen Chemiefirmen, avancierte zum größten Einzelspender der Hitlerpartei und förderte die Machtergreifung Hitlers nach Kräften.

Nach der Machtergreifung war es dann soweit, die IG FARBEN sah ihre Zeit gekommen. Sie verquickte sich nun unverhohlen auf das Engste mit den Nazis, um die Weltmacht für die IG FARBEN zu erobern wie es z.B. im Vorstandspapier des Konzerns mit dem Titel „Neuordnung der Welt" niedergelegt war. Man versicherte Hitler persönlich alle benötigten Mittel zur Führung seiner Kriege, BAYER-Mann und IG FARBEN-Vorstand Krauch wurde Wehrwirtschaftsführer, die IG FARBEN incl. des Vorstands, wurden von Juden „gesäubert", um endlich den Makel der „verjudeten Firma" bei den Nationalsozialisten loszuwerden.



Stiller Protest gegen Wortentzug. Doch vergebens: BAYER läßt KritikerInnen vom Werkschutz mit Gewalt entfernen.

Die Eroberung der Welt sah dann so aus: Panzer und Kanonen sorgten dafür, daß die lästige Konkurrenz in Europa ausgeschaltet wurde, die IG FARBEN verleibten sich räuberisch deren Werke und Anlagen ein.

Wer sollte nun in all den vielen Werken arbeiten? Hatte Carl Duisberg bereits im I. Weltkrieg den Einsatz von Zwangsarbeitern gefordert, so wurde jetzt endlich der Traum vom Produktionsfaktor, der keine Kosten verursacht, in perverser Form Realität: Die Werkszeitung konnte voller Stolz verkünden, daß mehr als die Hälfte der Belegschaft aus Zwangs- und Fremdarbeitern bestünde. Praktisch zum Nulltarif von der SS eingekauft. Damit dieses Sklaven-System noch besser funktioniere, richtete die IG FARBEN als einziger deutscher Konzern sogar ein eigenes KZ ein. Die Zahl der Menschen, die BAYER und Co. durch Sklavenarbeit zu Tode schuftete, läßt sich nicht exakt ermitteln. In den Hallen der IG Auschwitz, so der Name des KZ-Betriebs der IG FARBEN, sollen in der Zeit von 1941 bis 1945 über 370.000 Menschen unter schrecklichen Bedingungen umgekommen sein.

Eine besondere Perversion dabei war der Einkauf von KZ-Häftlingen für Menschenversuche. Bei vollem Bewußtsein unter qualvollsten Bedingungen forschten BAYER + Co die Opfer zu Tode.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und noch immer alles nicht genug. Die Werke der Konkurrenz geraubt und einverleibt; mit Waffenlieferungen, auch der Produktion tausender Tonnen chemischer Waffen den größten Krieg aller Zeiten ermöglicht; mit versklavten Menschen die Produktion betrieben; mit von der SS gekauften Häftlingen billiges Versuchsmaterial erstanden. Alles nicht genug! Für den Profit ist jedes Mittel recht. Und es gab noch Mittel.

Sie alle wissen es sicherlich: Dieser Konzern trägt Mitschuld am Holocaust. Es waren die IG FARBEN, die den Massenmord in den Kzs in industriellem Maßstab überhaupt erst ermöglichten, indem sie das Schädlingsvertilgungsmittel ZYKLON B, mit dem die Gaskamern der KZs beschickt wurden, lieferten. Die Worte versagen vor so viel Menschenverachtung.

Und wie steht BAYER zu dem allem? Zunächst holte man den in Nürnberg wegen Raub und Sklaverei verurteilten BAYER-Mann und IG FARBEN Vorstand Fritz ter Meer zurück in den Aufsichtsrat. Und in dem 1988 erschienen „Meilensteinen", die BAYER anläßlich seiner 125-Jahr-Feiern veröffentlichte, erhielt Fritz ter Meer, einer der Hauptverantwortlichen für die Verbrechen der IG FARBEN, dann seine Absolution wie folgt (ich zitiere): „Man sah seine Verstrickung ... als Folge einer Zwangslage, in der die meisten nicht anders gehandelt hätten und gehandelt haben." Meine Damen und Herren, eine „Zwangslage", die dem armen Kerl keine andere Wahl ließ! Ein Hohn! Nur konsequent verweigert BAYER bis zum heutigen Tage den Opfern seiner brutalen Machenschaften angemessene Entschädigung. Der Konzern verweigert den freien Zugang zu seinen Archiven, damit wenigstens endlich einmal die volle Wahrheit zutage käme. Und der Konzern hat sich bis zur Minute auch noch nicht anläßlich dieses Jahres zu seiner Schuld bekannt. Selbst bei den Feierlichkeiten zur Befreiung des KZ Auschwitz, der Stätte des IG FARBEN-Grauens, glänzte der Konzern durch Abwesenheit. Von der sonst so rührigen Öffentlichkeitsarbeit des Konzerns war nichts zu hören. Schweigen in der Konzernzentrale in Leverkusen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich denke es ist an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Es gibt auf diesen Hauptversammlungen eine traditionsreiche Sitte. Die Aktionärinnen

und Aktionäre, die Herren des Aufsichtsrates und des Vorstandes erheben sich in Stillem Gedenken an die gestorbenen Konzernangehörigen.

Meine Damen und Herren, ich denke anläßlich des 50-jährigen Jahrestages der Befreiung von Krieg und Naziverbrechen ist eine Geste stillen Gedenkens der verbrecherisch durch diesen Konzern zu Tode gebrachten Frauen, Männer und Kinder nicht nur angemessen, sondern geradezu zwingend geboten. Ich fordere Sie zusammen mit 147 weiteren Aktionärinnen und Aktionären, für die ich hier spreche, auf, nein, ich bitte Sie, sich zu einer Minute Stillen Gedenkens an die Opfer der IG FARBEN-Verbrechen von ihren Plätzen zu erheben. Vielen Dank. ...

Eva Bulling-Schröter, PDS-Bundestagsabgeordnete sprach nach der gewaltvollen Entfernung der KritikerInnen. Da sie als Politikerin eine öffentliche Persönlichkeit ist, traute Herr Strenger sich offenbar nicht, gegen die von ihr vorgetragenen unbequemen Tatsachen mit Gewalt vorgehen zu lassen.

Eva Bulling-Schröter (PDS, MdB): Sehr geehrte Damen und Herren! „Wir sind deutscher Meister im Geldverdienen" - so zitiert die Wirtschaftswoche vom 16. 03. diesen Jahres den Vorstandsvorsitzenden der BAYER AG, Herrn Schneider. Der Zufall wollte es, daß genau am gleichen Tag, an dem Ihr Vorstand diese stolze Bilanz öffentlich präsentierte - am 21. März - in Bonn eine Anhörung zur Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus stattfand. Unter anderem spielten auch die ca. 8 Millionen Zwangsarbeiter aus nahezu allen Teilen Europas eine Rolle. Hier mußte jedoch ein niederschmetterndes Resümme gezogen werden. Sie warten noch heute auf eine moralische Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigung.

Offiziell wird bis zum heutigen Tag - 50 Jahre nach dem Ende des Krieges und der faschistischen Barbarei - die Ausbeutung der Zwangsarbeiter nicht als Unrecht anerkannt. Stattdessen bezeichnet man diese oft mit dem einkalkulierten Tod endende Sklavenarbeit heute noch als „normale kriegsübliche Ausbeutung". Sie werden mir jedoch sicher zustimmen: weder dieser Krieg noch die Mittel, mit denen er geführt wurde, waren „normal".

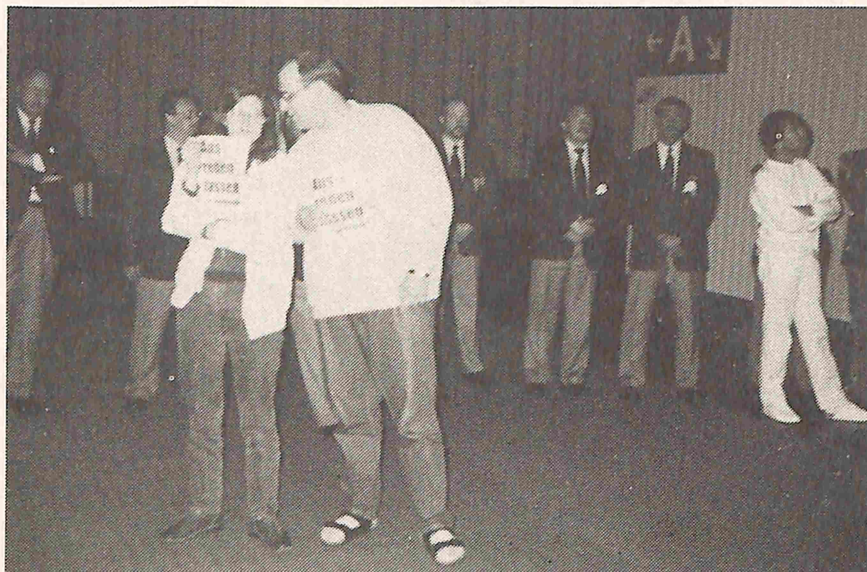
Ich möchte an Ihren Vorstand die Frage richten: Hat das Thema „Zwangsarbeit" auf ihren Sitzungen je eine Rolle gespielt? Denn auch Ihr Unternehmen, meine Damen und Herren, die BAYER AG, hat als Teil des IG-FARBEN-Konzerns von dieser historisch einmaligen, generalstabsmäßig organisierten „Vernichtung durch Arbeit" profitiert. Daran möchte ich Sie ein halbes Jahrhundert nach Kriesgende, da BAYER erneut zum „deutschen Meister im Geldverdienen" emporgestiegen ist, erinnern. Die deutsche Wirtschaft und der faschistische Staat arbeiteten zwischen 1933 und 1945 Hand in Hand. Auch an dem Kapital, mit dem Ihre Gesellschaft arbeitet, klebt Blut. ...

Die Vertreter auch Ihres Unternehmens haben entscheidend bei der Inthronisierung der Hitler-Partei mitgewirkt. Der damalige Chef von BAYER, Carl Duisberg, unterstützte schon frühzeitig die faschistische Bewegung. In die Hitler-Partei und den Faschismus wurde investiert: allein durch die IG-FARBEN ca. 84 Millionen Reichsmark an Spenden. Und - nüchtern betriebswirtschaftlich formuliert - es rechnete sich. ... Und dabei wurde „meisterhaft" verdient: Zwischen 1937 und 1944 stiegen allein die Umsätze von BAYER mit der deutschen Reichswehr von 400 Tausend Reichsmark auf 27,5 Millionen Reichsmark. Im Krieg ist die Nachfrage nach Medikamenten eben wesentlich größer als in Friedenszeiten. In den Dokumenten des Nürnberger IG-FARBEN-Prozesses wird festgestellt, daß der Umsatz des Konzerns zwischen 1932 und 1939 auf 227% und der Reingewinn gar auf 511% gestiegen ist. Während des Krieges wurde hier noch einmal kräftig zugelegt. Das Vermögen des IG-FARBEN-Konzerns stieg entsprechend: von 1,75 Milliarden im Jahre 1937 auf 2,83 Millarden 1942. Das ist ein Wachstum auf 162%!

gungsleistungen für ehemalig Sklavenarbeiter der deutschen Industrie vom 16. 01. 1986 in der BRD bis zum heutigen Tag nicht umgesetzt wurde. Sie stellt fest, daß eine klare „moralische und rechtliche Verpflichtung" der betreffenden Firmen besteht, Entschädigungsleistungen zu zahlen. Sie wurde dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) zugeleitet. Die Reaktion ist niederschmetternd: Sie ist gleich Null. 1992 darauf angesprochen, erhielt man vom BDI die lakonische Auskunft, man wisse nicht, welche Betriebe Zwangsarbeiter beschäftigt hätten.

Weiß das Ihr Vorstand das wirklich nicht? Ich nenne das bewußte Ingoranz. Man will diese Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie heute über das Ergebnis des vergangenen Geschäftsjahres stolz sind und Ihr Vorstand für die kommenden Jahre weiteres kräftiges Wachstum prophezeit, dann sollte dies ein Anlaß sein, nach einem halben Jahrhundert ungesühntem Unrecht, endlich als BAYER AG initiativ zu werden. Wenigstens den wenigen heute noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeitern muß moralischer und auch finanzieller Beistand gewährt werden und zwar unbürokratisch.- Die Zeit drängt! ...



Aufmarsch der Werkschützer: Als Rednern der COORDINATION das Mikro abgestellt wurde und diese darauf bestanden hatten, weiter zu sprechen, ließ der Aufsichtsratsvorsitzende H. J. Strenger die Pulte mit Gewalt räumen. Ein Verstoß gegen das Aktiengesetz, das Rede- und Stimmrecht garantiert.

Setzt man die heute kaum noch quantifizierbare unmenschliche Ausbeutung der Zwangsarbeiter dagegen, wird die betriebswirtschaftliche Effizenz dieser Jahre deutlich. Zu den bereits genannten 8 Millionen Zwangsarbeitern muß man nach Schätzungen z. B. die gleiche Zahl Menschen hinzurechnen, die die terroristische Art ihrer Rekrutierung nicht überlebten. Dem durchschnittlichen Dauerbestand von 10 Tausend Häftlingen im IG-FARBEN-Lager Monowitz in Polen stand z. B. eine Todesziffer von 120 Tausend im gleichen Zeitraum gegenüber. Nüchtern betriebswirtschaftlich formuliert: ein hoher „Lagerumschlag". Von 1.128 holländischen Staatsbürgern, die nachweislich hier eingeliefert wurden, haben 194 ihre Heimat lebend erreicht. Hat der Vorstand von BAYER jemals Kontakt zu diesen Opfern gesucht?

Angesichts dieser wenigen ausgewählten Fakten, die man beliebig ergänzen könnte, ist es beschämend, daß die Entschließung des Europa-Parlaments zu Entschädi-

BITTE PROTESTIEREN SIE!

Wir bitten alle LeserInnen von STICHWORT BAYER gegen das skandalöse Vorgehen des BAYER-Werkschutzes sowie gegen die Verhängung des Hausverbotes gegen drei Mitglieder der CBG zu protestieren. Die Anwendung von körperlicher Gewalt darf kein Mittel der Auseinandersetzung sein. Die Beschneidung der im Aktiengesetz garantierten Rechte darf nicht hingenommen werden. Protestbriefe bitte an: BAYER AG, Kaiser Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen. Eine Kopie bitte an die CBG.